

# **Arbeitspapiere**

zu Problemen  
der Internationalen Politik  
und der Entwicklungsländerforschung

---



**Ferhad Ibrahim**

**Syrien**

**Eine „präsidiale Monarchie“ zwischen  
Kontinuität und Diskontinuität**

**Nr. 31/2001**

---

**FORSCHUNGSSTELLE DRITTE WELT**

am Geschwister-Scholl-Institut  
für Politische Wissenschaft der  
Ludwig-Maximilians-Universität München

**Herausgeber: Mir A. Ferdowsi und Peter J. Opitz**

**Ferhad Ibrahim**

**Syrien  
Eine „präsidiale Monarchie“ zwischen  
Kontinuität und Diskontinuität**

**Nr.31/2001**

ISSN 1430-6794

**Oettingenstraße 67, 80538 München, Telefon (089) 2180-  
9094/9099**

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Am Rande des Friedens: Die syrisch-israelischen Friedensverhandlungen.....	6
3. Der Kampf der Regionalpolitik um einen eigenen Rang.....	12
4. Das schwere Erbe Hafiz al-Asads.....	16
5. Politische Strukturen in der Zeit der Stagnation.....	19
6. Baschar al-Asad: Zwischen Kontinuität und Wandel.....	21
7. Die Wiederbelebung der syrischen Zivilgesellschaft.....	25
8. Zusammenfassung.....	32

Dr. phil. habil. Ferhad Ibrahim, geb. 1950 in Amouda/Syrien ist  
Außerplanmäßiger Professor am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften  
der Freien Universität Berlin, z.Z. Professor für westasiatische Geschichte an der  
Universität Erfurt.

## 1. Einleitung

Stunden nach dem Ableben des fast 70-jährigen syrischen Präsidenten Hafiz al-Asad am 10. Juni dieses Jahres ging die Macht planmäßig an seinen Sohn Baschar, den seit 1994 inoffiziell designierten Nachfolger, über. Die unverzügliche Änderung des Artikels 83 (Herabsetzung des Mindestalters für den syrischen Präsidenten von 40 auf 34 Jahre) der 1973 verkündeten Verfassung durch die Volksversammlung, die Ernennung Baschar al-Asads durch den Vizepräsidenten Abd al-Halim al-Khaddam zum General der Armee und seine Wahl zum Vorsitzenden der regierenden Arabischen Sozialistischen Ba'th-Partei waren Indizien dafür, dass Asad allem Anschein nach in der Voraussicht seines Todes alle Maßnahmen getroffen hatte, um eine rasche Machtübernahme zu sichern. Ferner zeigte die Wahl Baschar al-Asads, dem einzigen Kandidaten, mit einem Ergebnis von 97,29 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Staatspräsidenten, einerseits die Präzision der vorher geplanten Schritte und andererseits die hohe Stabilität des Regimes, das der verstorbene Präsident in den letzten 30 Jahren etabliert hatte. Obwohl der Machtwechsel in Damaskus reibungslos verlief, befindet sich Syrien in einer fast an Agonie grenzenden außen- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Situation. Der alternde Präsident konnte in den 90er Jahren auf dem Feld der Außen- und Regionalpolitik kaum Erfolge erzielen. An der Wirtschaftspolitik zeigte Asad in der gesamten Ära seiner Herrschaft kein besonderes Interesse. Dasselbe gilt für die Innenpolitik, die er, nachdem die Gefahr des Islamismus in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gebannt war, seinen Geheimdiensten überließ. Die Domäne seines Wirkens war stets die Außenpolitik. Syrien wurde unter seiner Führung zu einer unbestrittenen Regionalmacht, wobei anzumerken ist, dass die Erfolge nach dem Zweiten Golfkrieg nachließen. Der Friedensprozess mit Israel führte trotz zweiphasiger intensiver Verhandlungen unter amerikanischer Vermittlung von 1992-1996 und von 1999-2000 zu keinem Friedensvertrag. Im Bereich der Regionalpolitik konnte Syrien sein Ziel nicht realisieren, Einfluss auf Jordanien und auf die Palästinenser zu gewinnen. Im Herbst 1998 zwang die Türkei Syrien durch massiven Druck, ihre Forderungen hinsichtlich der Sicherheitsfrage zu akzeptieren. Schließlich löste der israelische Ministerpräsident Ehud Barak, nachdem im Frühjahr 2000 ein baldiger Frieden mit Syrien in weite Ferne gerückt war, sein während der Wahlen 1999 abgegebenes Versprechen ein und zog die israelischen Truppen aus der 1982 errichteten Sicherheitszone im Südlibanon ab.

Die Außenpolitik Syriens stand in engem Zusammenhang mit dem politischen Stil des verstorbenen Präsidenten, sowie seinen machtpolitischen Prioritäten. Da die essentiellen außenpolitischen Entscheidungen die Strukturen der politischen

Herrschaft berührten und möglicherweise einen Wandel bewirken konnten, ging die syrische Führung in der letzten Dekade sehr behutsam mit den Entscheidungen, die ein Restrisiko hinsichtlich einer möglichen Machtverschiebung implizieren konnten, um. Die Prädominanz der Wahrung und Stabilität des politischen Systems bei der herrschenden Elite verhinderte jeden grundlegenden Wandel im Bereich der Politik, Gesellschaft und Kultur. Dies führte am Ende der dreißigjährigen Herrschaft Hafiz al-Asads zu einem, auch im regionalen Vergleich, nicht sehr günstigen Ergebnis für Syrien. Das Land ist nach der langjährigen Herrschaft al-Asads technologisch ein rückständiges Land. Im Vergleich zu den Nachbarstaaten hat es eine hohe Analphabetenrate und gehört zu den Staaten, die ein sehr hohes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen haben. Ökonomische und politische Stagnation sowie Korruption bestimmten vor allem die letzte Dekade der Herrschaft Hafiz al-Asads.

Baschar al-Asad sah zwar, nachdem das Erbe seines Vaters eingetreten war, die Notwendigkeit für rasche Reformen. Diese sollten allerdings weder die Grundpfeiler der Macht (die Herrschaft der alwitischen Prädominanz, die politische Legitimation der Ba'th-Partei und die Existenz der staatlichen Machtapparate) nicht beeinträchtigen. Der Präsident wußte einige Wochen nach der Machtübernahme, dass ohne einen Bruch, wenn auch partiell, die Modernisierung nicht zu bewerkstelligen ist. Während er bei den politischen Reformen noch zögert, leitete er auf dem Feld der Wirtschaft und Bildung Veränderungen an dem ererbten System, ein.

Eine wichtige und überraschende Entwicklung in der Ära nach Hafiz al-Asad ist mit Sicherheit die Wiedererwachung der syrischen Zivilgesellschaft.<sup>1</sup> Nach der über 40er jährigen autoritären Herrschaft und der Zerschlagung der zivilgesellschaftlichen Organisationen unter Herrschaft der Bath-Partei, machte sich eine vitale syrische Zivilgesellschaft noch einige Wochen nach dem Ableben Hafiz al-Asad bemerkbar. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren gegenüber stehen die Wächter des alten Systems. Die alte Garde bezieht sich bei ihrem Versuch das alte System und damit ihre Privilegien zu verteidigen auf die osteuropäischen Erfahrungen. Veränderung bedeutet für sie das unwiderrufliche Ende des alten Systems. Sie versucht vermutlich den neuen Präsidenten vor politischer Modernisierung zu warnen. Der junge Präsident muß

---

<sup>1</sup> Zur Lage der syrischen Zivilgesellschaft vor dem Tode Hafiz al-Asad, siehe Hans-Günter Lobmeyer: Syrien: Das Reich des Leviathan. In: Ferhad Ibrahim/ Heidi Wedel (Hrsg.): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Opladen 1995, S.75-94; Jurj (Georg) Bira: Al-Mujtama' al-Madani wa al-Tahwul al-dimuqrati fi suriya (die Zivilgesellschaft und der demokratische Wandel in Syrien). Kairo: Ibn Khaldun-Center 1995; Da'ad Musa: Dirasat aliyat 'amal al-jam'iyat al-ahliya al-suriya (Eine Studie der Mechanismen der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Vereine in Syrien). Unveröffentlichtes Papier, eingereicht auf der Bunjan- Tagung der Friederich Naumann-Stiftung 2-3.11.1999 in Amman/Jordanien, S. 3.

sich nun, um glaubhaft zu sein, zwischen den rektionären Gefährten seines Vaters und den Reformkräften entscheiden.

In diesem Beitrag wird die Frage erörtert, ob die problemlos verlaufene Machtübernahme durch Baschar al-Asad der Beginn einer neuen Ära ist und ob der junge Asad die ererbte Macht halten kann. Wichtige Prämissen hierbei wären eine politische und wirtschaftliche Öffnung des Systems und eine Modernisierung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Dies steht in einem reziproken Verhältnis zur Außenpolitik Syriens und zu den Friedensverhandlungen mit Israel. Der neue Präsident steht vor vielschichtigen Aufgaben und Problemen, die sich gegenseitig bedingen: eine umfassende Modernisierung, die Bedürfnisse des Machterhalts und die anstehenden außenpolitischen Entscheidungen, insbesondere den Konflikt mit Israel betreffend.

## **2. Am Rande des Friedens: Die syrisch-israelischen Friedensverhandlungen**

Über den Stellenwert der Friedenspolitik im Rahmen der Herrschaftsstrategie Hafiz al-Asads scheiden sich die Geister. Die israelischen und die proisraelischen amerikanischen Nahostexperten vertreten in der Kontroverse über die Haltung Asads zum Friedensprozess die Meinung, dass Hafiz al-Asad nach dem Wandel der globalen und regionalen Strukturen infolge des Zusammenbruchs des Ostblocks und durch den Zweiten Golfkrieg zu Verhandlungen bereit war. Dabei ließ sich Asad allerdings nicht davon leiten, Frieden mit dem Erzfeind Israel zu schließen, sondern vielmehr war er bemüht, eine mögliche internationale und regionale Isolierung zu vermeiden. Ein Friedensvertrag hätte die politische Öffnung des Systems, die politische Partizipation der Bevölkerung und damit das Ende der Herrschaft der alawitischen Minderheit, aus deren Reihen Asad stammte, bedeutet.<sup>2</sup> Andere Stimmen gehen entweder davon aus, dass der Frieden mit Israel keine materiellen und politischen Vorteile beinhaltet hätte. Oder aber sie glauben,<sup>3</sup> dass es deshalb zu keinem Friedensschluss kam, weil sich Asad mit weniger als einem Frieden zwischen zwei völlig gleichrangigen Partnern nicht zufrieden geben wollte.<sup>4</sup>

Zweimal waren Israel und Syrien, bei Verhandlungen von 1992-1996 und von 1999-2000, am Rande eines Friedensvertrages und dennoch konnten sie den letzten Schritt nicht gehen.

---

<sup>2</sup> Siehe z.B. Daniel Pipes: "Zwei Teams" im Nahen Osten, in: Internationale Politik, Heft 7, 1999, S. 17-24.

<sup>3</sup> Vgl. Volker Perthes: The Peace Process, Relation with Lebanon, and Domestic Change, in: Ders. (ed.): Scenarios for Syria. Socio-Economic and Political Choices, Baden-Baden 1998, S. 111-126.

<sup>4</sup> Siehe z.B. Patrick Seale: The Syria-Israel Negotiations: Who is telling the truth? In: Journal of Palestine Studies, Vol. XXIX, No. 2, Winter 2000, S. 65-77.

Seit dem Beginn der Friedensverhandlungen Ende 1991 mussten sich die Vorstellungen und Erwartungen der syrischen Führung an die realen Gegebenheiten anpassen. Nachdem die syrische Führung der Madrider-Formel bilateraler und multilateraler Verhandlungen zwischen den Kontrahenten zugestimmt hatte, erwartete sie, dass die arabischen Staaten der Formel eines gleichzeitigen und umfassenden Friedens zustimmen würden. Israel sollte keine Gelegenheit erhalten, einen Separatfrieden mit den einzelnen Konfliktparteien zu schließen und seinen Vorteil als stärkste wirtschaftliche und militärische Macht auszuspielen. Infolge des Abschlusses des Osloer-Abkommens zwischen der PLO und Israel 1993 und der im gleichen Jahr erfolgten Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung zwischen König Hussein von Jordanien und dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Rabin, hatte Syrien nur noch den Libanon als Juniorpartner.

Syrien wollte die Auffassung Israels von der Formel "Land für Frieden" präzisiert erhalten. Über den amerikanischen Vermittler, unter anderem über den damaligen amerikanischen Außenminister Warren Christopher, soll Rabin die Bereitschaft Israels bekundet haben, im Falle eines Friedensvertrags den Golan vollständig zu räumen. Die Darstellung und die Interpretation der "Zusicherung Rabins" wurde im Nachhinein, vor allem nach dem Wahlsieg Benjamin Netanjahus 1996 und vor dem Beginn der zweiten Verhandlungsrunde Ende 1999 zwischen den beiden Streitparteien, unterschiedlich dargestellt. Während Syrien die "Zusicherung Rabins" als den Rahmen für die Verhandlungen über die Detailfragen von 1994-1996 betrachtete, wurde die erwähnte Zusicherung von israelischer Seite in ihrer politischen Relevanz abgeschwächt und relativiert. Sie sei eine hypothetische Antwort auf die Frage gewesen, ob Israel bei einer endgültigen Lösung des Konflikts auf das Golangebiet verzichten würde.<sup>5</sup> Da die Verhandlungen von 1994-1996 ohne Abschluß eines Vertrages endeten, war der Anspruch Syriens, so die israelische Position, gegenstandslos. Nach der Ermordung Jitzchak Rabins im November 1995 übernahm Shimon Peres die Regierungsgeschäfte. Er wollte schnelle Fortschritte, doch Syrien bremste ihn. Um seine Wahlchancen nicht durch Verhandlungen über einen Abzug vom Golan zu gefährden, wurden die Gespräche vorerst abgebrochen. Durch die Wahl Netanjahus im Mai 1996 kam es zu einem schweren Rückschlag im Friedensprozess. Er wollte die Verhandlungen nach dem Prinzip "neue Regierung, neue Verhandlungen" vom Punkt Null fortführen, d.h. er lehnte es ab, die bereits erzielten Fortschritte anzuerkennen. Die Vertreter der Arbeitspartei, so z.B. der ehemalige Ministerpräsident Shimon Peres, wollten nach der Wahl Netanjahus öffentlich den Stand der Verhandlungen nicht

---

<sup>5</sup> So der damalige israelische Botschafter in Washington und Verhandlungsführer Israels bei den Verhandlungen bis 1996, Itamar Rabinovich, in seinem Buch "The Brink of Peace", Princeton Univ. Pr. 1998, S. 104-105.

preisgeben.<sup>6</sup> Die Existenz der Zusicherung wurde aber grundsätzlich nicht bestritten. Syrien dagegen argumentierte auf zwei Ebenen: Zum einen hätte Syrien ohne eine prinzipielle Zusicherung keine Verhandlungen geführt, da die beiden Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Res. 242 von 1967 und Res. 338 von 1973, die die Rückgabe der besetzten Gebiete vorsehen, die Grundlage des Friedensprozesses sind. Zum anderen haben die Vereinigten Staaten in ihrer Eigenschaft als Verhandlungsvermittler nie die Existenz der "Zusicherung Rabins" in Frage gestellt. Vor der zweiten Runde der Verhandlungen von 1999-2000 war der Umfang des israelischen Abzugs aus dem Golan nicht der einzige Streitpunkt zwischen Syrien und Israel. Syrien ging bei den Verhandlungen von den Prinzipien der Gleichbehandlung, der Reziprozität und der Symmetrie aus, d.h. ein Zugewinn an Sicherheit des einen sollte nicht zu Lasten des anderen gehen. Dies wurde vor allem im Zusammenhang mit der Frage der Sicherheit deutlich. Israel insistierte bei den Verhandlungen 1994-1996 auf ein Bündel von Forderungen als ein Quid pro quo für den Abzug aus dem militärisch und strategisch bedeutsamen Golangebiet. Hierzu gehörte eine starke Reduzierung der Präsenz syrischer Truppen über das zu entmilitarisierende Golangebiet hinaus. Eine andere israelische Forderung bezog sich auf den Verbleib einer Frühwarnstation auf dem von Israel besetzten Mount Hermon. Es war evident, dass Syrien, was die Entmilitarisierung und andere Maßnahmen betraf, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, Gleichwertigkeit und Symmetrie bestehen würde. Grundlegend war jedoch der Umfang des Abzugs Israels aus dem besetzten Gebiet. Alle anderen Fragen hätten nach der Erreichung einer Einigung geregelt werden können. Nach einer langen Verhandlungspause, die praktisch von der Wahl Benjamin Netanjahus im Mai 1996 bis zum Wahlsieg der Arbeitspartei unter der Führung Ehud Baraks 1999 andauerte, ruhten die syrisch-israelischen Verhandlungen.

Die Wahl Baraks wurde in Syrien begrüßt. Asad und Barak zollten sich öffentlich Respekt und gingen von konstruktiven baldigen Verhandlungen aus. In einem Interview mit der arabischsprachigen Zeitung al-Hayat drückte Asad seine Reaktion auf die Wahl Baraks mit folgenden Worten aus: "Ich habe seine Karriere und seine Äußerungen verfolgt. Er scheint ein starker und ehrlicher Mann zu sein. (...) Es ist deutlich, dass er Frieden mit Syrien erreichen will. Er bewegt sich mit angemessenen Schritten vorwärts."<sup>7</sup> Diese positive Haltung änderte sich jedoch, als die beiden Konfliktpartner sich nicht darauf einigen konnten, wo sie bei den künftigen Verhandlungen ansetzen sollten. Barak wies zwar die syrische Auffassung über die "Zusicherung Rabins" zurück, erkannte aber faktisch die Ergebnisse der Verhandlungen von 1994-1996, an denen er als Stabschef der israelischen

---

<sup>6</sup> Vgl. Walid al-Moualem: Fresh Light on the Syrian-Israeli Peace Negotiations, in: Journal of Palestine Studies, 2/1997.

<sup>7</sup> Al-Hayat vom 23.6.1999, zitiert nach Blätter für deutsche und Internationale Politik, Dokumente 7/1999, S. 123.

Armee beteiligt war, an. Im Sommer und Herbst 1999 führten die beiden Kontrahenten Propagandakampagnen über die Ergebnisse der 1996 geführten Verhandlungen. Nicht anders als zuvor Rabin in der Zeitspanne zwischen 1992 und 1994 versuchte Barak zunächst, den palästinensisch-israelischen Verhandlungen eine höhere Priorität einzuräumen. Asad fühlte sich in seinen Befürchtungen bestätigt. Er hatte immer wieder an die arabischen Akteure appelliert, eine umfassende Regelung des Konflikts anzustreben, um zu verhindern, daß Israel nicht nach dem Prinzip der Opportunität abwechselnd mit den arabischen Akteuren verhandeln kann. Als im Herbst 1999 absehbar wurde, dass diese Verhandlungen keine baldigen Ergebnisse zeigen würden, versuchte Barak, mit Unterstützung der Vereinigten Staaten, die Verhandlungen mit Syrien wieder zu beleben. Syrien unternahm erneut im Vorfeld der Gespräche den Versuch, die "Zusicherung Rabins" zu thematisieren und nach seiner Lesart zu dokumentieren. Das Ziel der syrischen Führung bestand in der Anerkennung "des Erreichten als Ganzem" (eine Formulierung, die das Ergebnis der Verhandlungen von 1994-1996 zum Ausdruck bringt) und einer zügigen Wiederaufnahme der Verhandlungen. Die Hintergründe beschrieb Patrick Seale<sup>8</sup>, Biograph Hafiz al-Asadas und Syrienexperte, im November 1999 in der arabischsprachigen Zeitung al-Hayat eine Reihe von Beiträgen, die möglicherweise auf syrischen offiziellen Informationen über die Verhandlungen von 1994-1996 basierten.<sup>9</sup> Syrien hatte davor verkündet, dass die mündliche Zusicherung, den Golan in den Grenzen vom 4. Juni 1967 an Syrien zurückzugeben, durch den ehemaligen amerikanischen Außenminister Warren Christopher im Juli 1994 bei seinem Besuch in Damaskus übermittelt wurde.<sup>10</sup> Nach Seale hatte Rabin im August 1993 in Anwesenheit von Christopher die Bereitschaft Israels verkündet, den Golan an Syrien zurückzugeben, wenn Asad auf die politischen und sicherheitspolitischen Forderungen eingehen würde.<sup>11</sup> Rabin hat tatsächlich stets von einer Formel gesprochen, die folgenden Inhalt hatte: Der Abzug der israelischen Truppen wird parallel mit der Normalisierung der syrisch-israelischen Beziehungen einhergehen.<sup>12</sup> Seale berichtete, dass Peres, nach dem Tode Rabins, durch Clinton über die Zusicherung informiert wurde. Peres soll dem zugestimmt haben, aber gleichzeitig auf die israelischen Wasserinteressen aufmerksam gemacht haben. Asad habe wiederum das Interesse für eine kooperative Politik signalisiert.<sup>13</sup> In einem Beitrag über die Bedingungen Asads vor der Aufnahme der ersten Verhandlungsrunde im Sommer 1994 präzisierte Seale die Forderungen des syrischen Präsidenten. Er soll den

---

<sup>8</sup> Patrick Seale: *Asad of Syria: The Struggle for the Middle East*, London 1988.

<sup>9</sup> Zur englischen Zusammenfassung der Beiträge von Patrick Seale siehe: Patrick Seale: *The Syria-Israel Negotiations*, in: *Journal of Palestinian Studies*, Vol. XXIX, No. 2, Winter 2000, S. 65-77.

<sup>10</sup> Vgl. die Tageszeitung al-Hayat vom 31. Oktober 1999.

<sup>11</sup> Seale in al-Hayat vom 21. November 1999.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Seale in al-Hayat vom 24. November 1999.

amerikanischen Unterhändlern, Warren Christopher und Dennis Ross, deutlich gemacht haben, dass er auf dem vollständigen Abzug Israels vom Golan besteht, und dass die Grenzen vom 4. Juni 1967 kein Gegenstand der Verhandlungen sein könnten.<sup>14</sup> Die zwischen der französischen Mandatsmacht in Syrien und der britischen Mandatsmacht in Palästina 1923 vereinbarten Grenzen betrachtet Syrien als nicht bindend, da die Syrer bei der Frage des Grenzverlaufs nicht einbezogen wurden. Es ist anzunehmen, dass Asad Israel retrospektiv keine Legitimation für die Zeit vor der Staatsgründung geben wollte. Bei der Frage der zukünftigen Grenzen geht es darum, zu klären, ob die Grenzen der Mandatszeit oder die Frontlinien vom 4. Juni 1963 (Tag vor dem Sechstagekrieg) wiederhergestellt werden sollen. Syriens Forderung nach einem Rückzug zu den Grenzen vom 4. Juni 1967 beinhaltet den Wunsch nach einem Zugang zum Tiberiassee. Der gesamte See würde sich dann auf israelischem Territorium befinden. Aufgrund der Grenzziehung von 1923 hätte Syrien keinen direkten Zugang zum Tiberiassee erhalten. Die Grenze verlief streckenweise zehn Meter nördlich des Seeufers. Syrien hegte immer den Verdacht, dass die beiden europäischen Mächte die Grenze zugunsten der Juden gezogen haben. In der Grenzfrage ist tatsächlich mehr als ein Aspekt von Bedeutung.<sup>15</sup> Der Grenzvertrag von 1923 hatte sich sehr bald als unpraktikabel erwiesen, da die Bewohner auf der syrischen Seite den See nicht, wie bis 1923, nutzen konnten. Demzufolge waren eine Bewässerung ihrer Felder und das Fischen im See nicht mehr möglich. Ferner blieb ihnen der Zugang zu der an der südlichen Seite gelegenen Eisenbahnlinie verwehrt. Um dem Gewohnheitsrecht der Bevölkerung auf der syrischen Seite Rechnung zu tragen und familiäre Kontakte zu ermöglichen, traten der britische Hochkommissar und sein französischer Kollege bald in Verhandlungen. 1926 unterzeichneten sie einen Vertrag, in dem zwar die bisherige Regelung nicht geändert wurde, jedoch das Gewohnheitsrecht der Bevölkerung auf der syrischen Seite wurde anerkannt. Die syrischen Bürger durften nun ohne Hindernisse die schmale, zehn Meter breite Grenze zum See passieren. Nach dem Krieg von 1948 und dem Waffenstillstand von 1949 errichtete die UNO drei Zonen entlang der Waffenstillstandslinie zwischen Syrien und Israel. Von diesem Zeitpunkt bis zum Suez-Krieg 1956 versuchte Israel systematisch, die entmilitarisierten Zonen im Süden und Norden des Tiberiassees unter seine Kontrolle zu bringen. Syrien besetzte die kleine Zone im äußersten Norden der Grenze.

Es scheint, dass die Fragen des vollständigen Abzugs und der Sicherheit eine hohe Priorität für den syrischen Präsidenten hatten. Dabei zeigte er eine gewisse Flexibilität. Nach Seale soll Asad 1995 auf dem Feld der Sicherheitsregelungen folgende Idee in die Diskussion eingebracht haben: Es sollen Strukturen entlang der Grenze entstehen, die

<sup>14</sup> Seale in al-Hayat vom 22. November 1999.

<sup>15</sup> Vgl. Salman Abu Sinna: Aiyu huddud baina Suriya wa Israil? (Welche Grenze zwischen Syrien und Israel?), in: al-Hayat vom 20 August 1999.

einen Angriff oder einen umfassenden Krieg verhindern. Zudem soll das Grenzregime jede direkte Konfrontation der Streitkräfte der beiden Länder verhindern.<sup>16</sup> Diese Ziele beruhen auf den Prinzipien der Symmetrie, der Gleichberechtigung und der Reziprozität.

Nach einer mehrmonatigen abwartenden Phase, in der die Kontrahenten ihre Positionen abermals betonten, stimmten die beiden Konfliktpartner dem amerikanischen Vorschlag zu, die Verhandlungen dort aufzunehmen, wo sie 1996 abgebrochen waren. Dadurch wurden die Verhandlungen ermöglicht, aber auf Kosten einer Klarheit über die Grenzen, die der syrische Präsident unaufhörlich nach der Wahl Barak forderte. Präsident Clinton soll damals dem syrischen Präsidenten zugesichert haben, dass das Versprechen Rabins die Grundlage der Verhandlungen sei.<sup>17</sup> Die Ende November 1999 in Shepherdstown geführten Gespräche scheiterten jedoch an einem wesentlichen und seit 1994 dominierenden Punkt: dem Umfang des israelischen Abzugs aus dem Golan – der Frage des künftigen Grenzverlaufs. Die Verhandlungen mussten Mitte Januar 2000 vorerst unterbrochen werden, da in der Territorialfrage keiner der beiden Konfliktparteien von seinem Standpunkt abrückte. Syrien zeigte sich allerdings in der Sicherheitsfrage kompromissbereit, indem es der Frühwarnstation, die von amerikanischen und französischen Soldaten betrieben werden sollte, zustimmte.<sup>18</sup> Dies zeugt von einer kooperativen Haltung Asads. In der ersten Verhandlungsrunde von 1994 bis 1996 war dies noch nicht möglich. So verkündete 1995 der syrische Vizepräsident Khaddam: "Israel müsste klipp und klar verkünden, unsere Heimate Erde zurückzugeben, ohne jede Einschränkung, innerhalb eines vernünftigen Zeitplans."<sup>19</sup> Um die verfahrenene Situation wieder in Gang zu bringen, trafen sich Asad und Clinton im März 2000 in Genf. Die extrem kurze Unterredung führte zu keinem Ergebnis. Syrien beharrte nicht nur auf den Grenzen von 1967, sondern darüber hinaus wollte Asad keineswegs auf die Nutzung des Tiberiassees, der von syrischen Zuflüssen gespeist wird, verzichten. Die israelische Ansicht, dass der See ausschließlich in israelischem Besitz bleiben muss und dass Syrien, nach dem Prinzip der absoluten Integrität, keine Veränderungen an den Zuflüssen zum Tiberiassee unternehmen darf, ist als eine eklatante Souveränitätseinschränkung Syriens zu bewerten. Die von Israel gegenüber Syrien geforderte absolute Integrität ist zum einen nicht das einzige völkerrechtliche Wasserregelungsprinzip, zum anderen hat die UNO durch Verkündung kooperativer Regelungsvorschläge neue Normen im Völkerrecht gesetzt.

---

<sup>16</sup> Seale in al-Hayat vom 22.November 1999.

<sup>17</sup> Al-Hayat vom 22.November 1999.

<sup>18</sup> Vgl. al-Hayat vom 14. Januar 2000.

<sup>19</sup> Der Spiegel 28/1995.

### 3. Der Kampf der Regionalpolitik um einen eigenen Rang

Auch wenn eine Bilanz über die Situation Syriens unter der dreißigjährigen Herrschaft Hafiz al-Asad vor allem im Bereich der Entwicklungspolitik eher negativ ausfallen muss, kann nicht übersehen werden, dass Syrien, einst Zankapfel rivalisierender Regionalmächte, unter Asad zu einer führenden Regionalmacht aufgestiegen ist. In den 90er Jahren gelang es Asad aufgrund der neuen regionalen und internationalen Konstellation nur in Ansätzen, seine regionalen Führungsambitionen zu behaupten. Die globalen Veränderungen hatten unweigerlich einen negativen Einfluss auf die Position Syriens in der Region. Das Ausbleiben großzügiger Militärhilfe und politischer Unterstützung aus der Sowjetunion berührte unmittelbar die regionale Position Syriens. Die Versuche Asads, mit dem neuen Russland ähnliche Beziehungen wie mit der Sowjetunion aufzubauen, mussten vor dem Hintergrund der veränderten Prioritäten der russischen Außenpolitik und angesichts der finanziellen Probleme des hochverschuldeten Syrien, neue russische Waffen zu erwerben, scheitern. Der letzte Besuch Asads in Moskau im Juli 1999, der einen Aufschwung der bilateralen Beziehungen herbeiführen sollte, erfüllte die von Asad gesetzten Erwartungen nicht. Auch die Beziehungen mit Frankreich, die Chirac bei seinem Besuch im Herbst 1996 als strategisch bezeichnete, konnten über normale Beziehungen Frankreichs mit einem DrittWeltstaat nicht hinausgehen. Die Versuche der syrischen Führung, nach den veränderten globalen und regionalen Bedingungen über internationale Bündnisse seinen regionalen Führungsanspruch zu behaupten, waren erfolglos.

In der Region unternahm Syrien den Versuch, seinen Einfluss auf die im Kontext des israelisch-arabischen Konfliktes als sekundär klassifizierte Akteure<sup>20</sup>, Jordanien und die PLO, auszudehnen bzw. zu stabilisieren. Mit dem Beginn der Friedensverhandlungen Ende 1991 versuchte Syrien durch Koordinationstreffen zwischen den Vertretern Syriens, Jordaniens, des Libanon und der PLO, seine Hegemonialbestrebungen durchzusetzen. 1992 lehnten Jordanien und die PLO jedoch diese Koordination ab, da Syrien die Verhandlungsstrategien, die koordiniert werden sollten, diktieren wollte.<sup>21</sup> Während sich Jordanien und die PLO durch internationale Bündnisse, Verträge und Unterstützung entziehen konnten, blieb der Libanon unter dem direkten Einfluss der Syrer. Dennoch konnte Syrien das Ausscheren der sekundären Akteure nicht ohne Widerstand hinnehmen. Im Falle der PLO bot Syrien den Konkurrenten Jassir Arafats Unterschlupf an. Dies galt sowohl für die säkularen palästinensischen Kräfte als auch für die islamistische Bewegung al-Jihad al-Islami. Während in Syrien ansässige säkularistisch orientierte palästinensische Organisationen im Zeichen der internationalen und regionalen

<sup>20</sup> Volker Perthes: Vom Krieg zur Konkurrenz: Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung, Baden-Baden 2000, S.145.

<sup>21</sup> Siehe al-Wasat vom 18. Dezember 1995.

Veränderungen rapide an Bedeutung verloren haben und somit für Syrien uninteressant wurden, erfuhr die Bewegung al-Jihad al-Islami, die auch in den besetzten Gebieten und in Jordanien operiert, einen Aufschwung und wurde infolgedessen von Syrien unterstützt.

Syrien bekundete sein Missfallen gegenüber dem 1994 abgeschlossenen jordanisch-israelischen Friedensvertrag. Jordanien bezichtigte Syrien der Unterstützung von Gruppen, die zwischen 1994 und 1996 durch Bombenanschläge versucht hatten, Jordanien zu destabilisieren.<sup>22</sup> Der jordanisch-israelische Friedensvertrag und die bis 1996 aktiv verfolgte Irakpolitik König Husseins wurden von Syrien als eine direkte Bedrohung seiner Position in der Region verstanden, da das selbständige Handeln vor allem für den Libanon eine Vorbildfunktion haben könnte. Zudem wollte Syrien Jordaniens Streben, eine regionale Rolle zu spielen, nicht zuerkennen. Offiziell propagierte Syrien die Behauptung, dass Jordanien durch den Separatsfrieden mit Israel die israelische Pforte zur arabischen Welt geworden sei.<sup>23</sup>

Die Präsenz Syriens im Libanon begann im Juni 1976 mit dem militärischen Einmarsch und dem Eingreifen in den Bürgerkrieg. Seitdem besitzt Syrien, das mit ca. 35.000 Soldaten dort präsent ist, die Hegemonie im Libanon. Durch den 1989 geschlossenen Vertrag von Taif und den Vertrag über Brüderschaft, Kooperation und Koordination vom Mai 1991 sicherte Syrien die Legalisierung seiner Präsenz, die Einmischung in die innerlibanesischen Angelegenheiten und den Export von überschüssigen Arbeitskräften. Durch eine Reihe von Verträgen und Maßnahmen mit dem Ziel, eine Zollunion zu errichten und durch eine umfangreiche Vernetzung der Wirtschaft beider Länder, sollte die Präsenz Syriens im Libanon irreversibel werden. Die Instrumentalisierung von libanesischen Parteien und bewaffneten Gruppen, vor allem der schiitischen Hizbullah, führten dazu, dass der Libanon einerseits keine selbständige Politik führen konnte und darüber hinaus zum Schauplatz für die von den Syrern erlaubten Guerillaangriffe der Hizbullah gegen Israel wurde. Dadurch wurde der Libanon zum einzigen Ort der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Israel. Ferner waren die Syrer dagegen, dass der Libanon seine eigenen Verhandlungen mit Israel führte, obwohl Israel wiederholt die Bereitschaft zu einem Abzug seiner Truppen aus dem besetzten Südlibanon erklärt hatte und nur nach einem Rahmen für die Erfüllung der Sicherheitsratsresolution 425 suchte die sofortige Einstellung aller Handlungen Israels auf dem Gebiet des Libanon und den israelischen Rückzug forderte. Netanjahu konnte sein Konzept "Lebanon first", abgesehen von seiner Absicht, Syrien als Besatzungsmacht im Libanon an den Pranger zu stellen, nicht realisieren. Ausschlaggebend dafür war Syriens Weigerung, dem Libanon eine autonome

---

<sup>22</sup> Vgl. Ibrahim Himaidi, Dimashq: Itihamt Amman li-tabrir al-itifaqat ma`a Israil (Damaskus: Die Vorwürfe Amman zum Zweck Rechtfertigung der Verträge mit Israel), in: Al-Wasat vom 18. Dezember 1995, S. 12-13.

<sup>23</sup>.Ebd.

Friedenspolitik zuzulassen. Dasselbe ist auch für Barak zutreffend, der die Truppen ohne vorherige formale direkte Verhandlungen mit den Libanesen aus dem Südlibanon abzog. Syrien gestattete der libanesischen Armee nicht, die Grenzregion unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Hizbullah bleibt weiterhin an der Grenze Israels mit dem Libanon präsent - dies aufgrund der Tatsache, dass die Hizbullah jederzeit in einen offenen Konflikt mit Israel treten kann. Syrien würde davon profitieren.

Die Beziehungen Syriens zu den sekundären Akteuren sollen es ihm ermöglichen, sich gegen die anderen primären Akteure wie Ägypten, Saudi-Arabien und den Irak zu behaupten. In den 90er Jahren waren die Beziehungen zwischen den primären Akteuren zum Teil widersprüchlich und antagonistisch. Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien waren Partner bei regionalen Entscheidungen, z.B. bei der Übereinkunft über die Abhaltung von arabischen Gipfelkonferenzen. Saudi-Arabien setzte nach dem Zweiten Golfkrieg die finanzielle Unterstützung Syriens fort. Ägypten und Syrien schienen ebenfalls darum bemüht, die bilateralen Beziehungen zu vertiefen. Die aktive Vermittlungsrolle Ägyptens bei den israelisch-palästinensischen Verhandlungen führte zu Störungen innerhalb dieser Beziehungen. Syrien vertrat die Ansicht, dass dadurch die Dringlichkeit seiner Verhandlungen mit Israel in die Peripherie der Friedensverhandlungen gedrängt würde. Die Ambitionen Ägyptens als ein wichtiger, wenn nicht als der einzige Friedenvermittler aufzutreten, dienten primär der Sicherung der Friedensdividende. Daher war Syrien sehr skeptisch, was die ägyptischen Bemühungen betraf, zwischen Israel und den Palästinensern zu vermitteln. Die syrische Führung fürchtete Ende der 90er Jahre, dass die syrisch-israelischen Verhandlungen durch die Bevorzugung der Gespräche zwischen der PLO und Israel vernachlässigt werden könnten. Diese Dissensen verhindern allerdings nicht, dass Syrien in seinem Konflikt mit dem nichtarabischen Akteur, der Türkei, auf den Beistand der arabischen Akteure angewiesen ist. Die syrisch-türkischen Beziehungen nach dem Zweiten Golfkrieg zeigten Konvergenzen aber auch Dissensen. In der Irakpolitik kooperierte Syrien zwischen 1992 und 1995 mit der Türkei und dem Iran. Vor allem die Beobachtung der kurdischen "Schutzzone", respektive der Gefahr der Verselbständigung dieser Zone, veranlasste Syrien, das seit Jahrzehnten mit der Türkei Streit über das Euphratwasser hat, ein kooperatives Verhalten zu zeigen. Gleichzeitig gab die syrische Führung die Unterstützung der von Abdullah Öcalan angeführten PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) nicht aus der Hand. Die PKK diente den Interessen Syriens im Nordirak und fungierte als Druckmittel gegen die Türkei, um diese zu Konzessionen in der Wasserfrage zu bewegen. Als die Türkei 1996 einen umfassenden Sicherheitsvertrag mit Israel abschloss, versuchte Syrien zunächst, die arabische Welt gegen das türkisch-israelische Bündnis zu mobilisieren. Die arabische Gipfelkonferenz vom Mai 1996 übte jedoch nur schwache Kritik an der Türkei. Die arabischen Staaten, vor allem Ägypten und Saudi-

Arabien, waren nicht gewillt, die Türkei zum Feind der arabischen Welt zu erklären. Die sogenannten gemäßigten arabischen Staaten bewerteten den türkisch-israelischen Vertrag als eine legitime militärtechnische Zusammenarbeit und nicht als einen militärischen Pakt. Zudem wurde die eher propalästinensische Haltung der Türkei als Grund für eine Zurückhaltung hinsichtlich der Verurteilung der Türkei angeführt.<sup>24</sup> Sie waren aber bereit zur Deeskalation des syrisch-türkischen Konflikt beizutragen.<sup>25</sup> Als sich der Konflikt durch die massiven Drohungen der Türkei verschärfte, vermittelten Ägypten und Saudi-Arabien zwischen den Kontrahenten. Die Vermittlung führte zum Vertrag von Adana, in dessen Folge Syrien die türkischen Sicherheits- und Kontrollforderungen akzeptierte. Der syrischen Führung wurde bewußt, dass es ihr nicht gelingen würde, die arabische Welt gegen die Türkei, aufgrund ihrer Politik gegenüber Israel, zu mobilisieren. Aus der Notwendigkeit heraus, den Konflikt, der zu Ungunsten Syriens ausgehen konnte, zu deeskalieren, suchten die Syrer den kooperativen Weg. Dennoch sind die Gefahren, die durch den türkisch-israelischen Vertrag entstanden sind, nicht restlos gebannt. Syrien fühlt sich zum einen durch den türkisch-israelischen Vertrag bedroht, zum anderen weigert sich die Türkei, einen Kompromiss in der Frage des Euphratwassers mit Syrien zu schließen. Die Annäherung der syrischen Führung an den Irak begann daher nicht zufällig 1996, dem Jahr, in dem die türkisch-israelische Zusammenarbeit vereinbart wurde. Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen, sowie die Aufnahme und Ausweitung von Handelsbeziehungen und die Wiederinbetriebnahme der Verbindungswege zwischen den beiden Staaten dienten zweifellos auch der syrischen Wirtschaft.<sup>26</sup> Das Hauptziel bestand jedoch darin, infolge der Verbesserung der syrisch-irakischen Beziehungen Signale zu setzen, um so zu erreichen, dass Syrien ein Gegengewicht zur neu entstanden regionalen Konstellation bilden kann. Der Iran, der seit der Revolution von 1979 mit Syrien verbündet ist und in dem türkisch-israelischen Vertrag ebenfalls eine Bedrohung sieht, sollte in diesem Kontext als dritter Partner hinzukommen. Dass es trotz der regen diplomatischen Verbindungen zwischen den drei Staaten nicht dazu kam, liegt in den unüberwindbaren Differenzen zwischen dem Irak und Iran begründet. Eine weitere Ursache ist darin zu sehen, dass sich das Regime Saddam Husseins nach zehnjährigem Embargo und aufgrund seiner eingeschränkten Souveränität an keinem regionalen Bündnisprojekt beteiligen kann. Die "Irak-Option" der syrischen Führung hatte wahrscheinlich eher einen symbolischen Wert. Im Hinblick auf die guten Beziehungen Syriens zu den Golfstaaten konnten die syrisch-irakischen Beziehungen nie vollständig

---

<sup>24</sup> Vgl. Al-Taqrir al-Istratiji al-Arabi (der arabische strategische Bericht). Kairo: al-Ahram Center 1997, S. 156-176.

<sup>25</sup> Siehe hier zu Markaz al-Ahram al-Taqrir al-Istratiji 1998 ( al-Ahram Center: der Strategische Report 1998). Kairo: Al-Ahram 1999; S.194-211.

<sup>26</sup> Das Handelsvolumen erreichte im ersten Halbjahr 2000 einen Wert von 450 Mio. US Dollar, vgl. die in London erscheinende arabischsprachige Zeitschrift al-Zaman vom 10.August 2000.

normalisiert wurden. Im Bereich der Politik und Sicherheit läßt Syrien jedenfalls keine große Neigung erkennen, eng mit Bagdad zusammenzuarbeiten.

#### **4. Das schwere Erbe Hafiz al-Asads**

Die alawitische Gemeinschaft in Syrien, die mächtigen Offiziersriege, die Partei und die obersten Ränge der staatlichen Bürokratie bildeten unter Hafiz al-Asad die Stützen der politischen Macht. Aus den Angehörigen dieser Gruppen ging die Staatsklasse hervor. Diese Gruppen beherrschten in der dreißigjährigen Herrschaft Hafiz al-Asads das Land. Die syrische Staatsklasse wies einen hohen Grad an Kohärenz und Kontinuität auf. Anders als im Irak wurde das System strukturell und personell kaum verändert. Die Kosten waren für das Land sehr hoch. Die Isolationspolitik und die Unbeweglichkeit des Systems führten zu einer umfassenden Stagnation der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen. Alle Bereiche, die die Sicherheitsbedürfnisse des Systems nicht tangierten, wurden vernachlässigt. So konnte das Bildungswesen, auch im regionalen Vergleich, kaum Fortschritte verzeichnen. Die Analphabetenrate in Syrien gehört mit 36 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahren zu den höchsten in der Region.<sup>27</sup> Die Ideologisierung des Hochschulwesens, das der Ba'th-Partei unterstellt wurde, erlaubte kaum eine Entfaltung der Wissenschaft. Verheerend war die beharrliche Weigerung der syrischen Führung, sich der weltweiten Kommunikationsrevolution anzuschließen. Syrien verbot aus sicherheitspolitischen Gründen lange den Zugang zum Internet und die Einführung des mobilen Telefons. Das Land hat mit 1,7 Personal Computern pro 1000 Einwohnern die geringste Zahl an Computern im Vergleich zu den Nachbarländern.<sup>28</sup> Die Verabsolutierung der politischen Sicherheit des Systems bildete den Hintergrund für diese Situation. Unter diesem Aspekt ist auch das Problem der Bevölkerungsexplosion in Syrien zu sehen, das von der Regierung kaum beachtet wurde. Syrien erreichte in den 90er Jahren mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 3,3 Prozent die Weltspitze.<sup>29</sup>

Diese Probleme fanden in der syrischen Wirtschaft ihren Niederschlag. Mitte der 70er Jahre versuchte das syrische Regime, durch die Einräumung eines größeren Terrains für den Privatsektor, neue soziale Schichten für sich zu gewinnen. Die Ergebnisse der sogenannten Öffnungspolitik (infatih) blieb jedoch im Vergleich zu Ägypten eher bescheiden. Erst durch die Verabschiedung des Investitionsgesetzes Nr. 10 im Jahre 1991 sollte der Privatsektor die marode, vom Staat kontrollierte Wirtschaft wieder ankurbeln. Die restriktive Vergabe von Projektgenehmigungen und der fehlende Rahmen (etwa

---

<sup>27</sup>International Finance Cooperation, Country Profile: Syrian Arab Republic.  
[Http://www.ifc.org/camena/syria.htm](http://www.ifc.org/camena/syria.htm), auch World Bank: World Development Report 1999/2000, S. 272.

<sup>28</sup> Vgl. International Finance Cooperation: World Development Report 1999/2000, S. 267.

<sup>29</sup> Vgl. International Finance Cooperation, Country Profile: Syrian Arab Republic.  
<http://www.ifc.org/camena/syria.htm>.

Industrieparks und ein modernes Banksystem) führten dazu, dass die Hoffnungen, die in die Liberalisierung gesetzt wurden, nicht realisiert werden konnten. Zudem kam es nicht zu der in Syrien viel diskutierten Privatisierung der Wirtschaft. Höchstwahrscheinlich wollte die Staatsklasse den öffentlichen Sektor, der unter ihrer direkten Kontrolle stand, nicht freiwillig aus der Hand geben. Das Ergebnis der Wirtschaftsstagnation war, bei Berücksichtigung der jährlichen Bevölkerungswachstumsrate, negativ. Das Wachstum des BIP, auch ohne Berücksichtigung der Bevölkerungswachstumsrate, war in den Jahren 1998-1999 mit Minus 1 bzw. Minus 1,5 negativ. Die Lage der Lohn- und gehaltsabhängigen Schichten verschlechterte sich rapide. Im Widerspruch zu dieser Situation bemächtigten sich die Wirtschaftskapitäne der staatlichen Unternehmen und die Angehörigen der Staatsklasse häuften beachtliche Reichtümer an.

Es ist zu vermuten, dass Baschar al-Asad, der sich als Modernisierer profilieren möchte, den Reformstau zwar partiell bewältigen wird. Doch die anstehenden Probleme der Privatisierung und der Liberalisierung der Wirtschaft sind kein leichtes Unterfangen. Vor allem der Widerstand der alten Garde und der Bürokratie muss gebrochen werden. Der Streit um die Einführung eines modernen Banksystems ist ein typisches Beispiel für die Unbeweglichkeit der Staatsklasse.

Noch vor zwei Jahren lehnte die syrische Führung beharrlich die Liberalisierung des Banksektors ab. Der syrische Wirtschaftsminister Muhammad al-Imadi wies damals<sup>30</sup> darauf hin, dass die in Syrien tätigen libanesischen Privatbanken für die syrischen und ausländischen Investoren Dienstleistungen erbringen könnten. Diese Notlösung zeigt, dass die Staatsklasse unfähig war, überzeugende Lösungen anzubieten. Die Bemühungen Syriens, durch eine Zollunion die syrische Wirtschaft mit der libanesischen zu vernetzen, waren vor allem für die libanesischen Wirtschaft von Vorteil. Der Libanon mit seinem liberalen Wirtschaftssystem und seinem entwickelten Dienstleistungssektor ist der einzige arabische Staat, der auch im offenen Wettbewerb mit Israel bestehen kann. Demzufolge könnte er auch für die Modernisierung der syrischen Wirtschaft von Nutzen sein. Die Beobachter der nahöstlichen Regionalwirtschaft gehen aber davon aus, dass die Vernetzung der beiden Wirtschaften solange keine großen Fortschritte erreichen kann, solange Syrien die Durchführung der Privatisierung und Wirtschaftsreformen nicht nachhaltig in Angriff nimmt.<sup>31</sup>

Die syrische Führung hat vermutlich keine andere Wahl, wenn Syrien Mitglied der von der EU im Rahmen des Barcelona-Prozesses für 2010 anvisierten Mittelmeer-Freihandelszone werden möchte. Zudem muss Syrien die Konsequenzen für den Beitritt zur WTO und die Assoziierung mit der Europäischen Union tragen. Dies wäre ohne Wirtschaftsreformen

---

<sup>30</sup> Al-Hayat vom 16. November 1998.

<sup>31</sup> Al-Hayat vom 16. November 1998.

kaum zu bewältigen. In der jetzigen Situation fürchten die Syrer, dass ihre veraltete Industrie nicht konkurrenzfähig sein wird. Die Exportmöglichkeiten für syrische Industrieprodukte sind deshalb gering, weil sie teuer hergestellt werden und den Qualitätsstandard der europäischen Produkte nicht erreichen.<sup>32</sup>

Der Wirtschaftskurs des neuen Präsidenten und seines Ministerpräsidenten Miro zeigt, dass die neue Führung sich durchaus bewusst ist, dass trotz der Widerstände der alten Garde Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft unternommen werden müssen, zumal die fast 25 Milliarden Dollar Schulden die Erlöse aus dem Erdölexport verschlingen. Die Ankündigung Miro, der öffentliche Sektor entstehe im Dienste des Privatsektors, ist nicht konsequent genug, da der Staatssektor nicht durch die Führung in Frage gestellt wird.<sup>33</sup> Die Bildung einer Kommission für die Erörterung der Modernisierung des Bankensystems und Einführung der privaten Banken ist ein bescheidener, aber wichtiger Anfang.<sup>34</sup> Im Dezember 2000 legte die Regierung Miro das neue Bankengesetz vor, das zum ersten Mal seit der Verstaatlichungen von 1964 die Gründung von Privatbanken erlaubte.<sup>35</sup> Das Gesetz schränkt allerdings die Aktivitäten der Banken stark ein. Zum Einen dürfen nur die Syrer in diesem Wirtschaftsbereich tätig werden,<sup>36</sup> zum Anderen stehen die privaten Banken unter strikter Kontrolle der syrischen Zentralbank und dürfen sich nur schwerlich in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen betätigen. Hinzu kommt, dass die Privatisierung der Staatsunternehmen weiter verzögert wird. Man wolle, so die offizielle Verlautbarung, die Arbeitsplätze von Tausenden von Bürgern nicht gefährden. Die Entbürokratisierung und die Disziplinierung des staatlichen Wirtschaftsmanagements wird als der richtige Weg zu einer effizienteren Wirtschaft deklariert.<sup>37</sup> Die Ansicht, dass der marode öffentliche Sektor reformierbar ist, wird wahrscheinlich nach der Konsolidierung der Herrschaft Baschar Al-Asad zugunsten der Privatisierung aufgegeben. Das anhaltende Nullwachstum, das eigentlich im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum Minuswachstum ist, wird eine radikale Wirtschaftsorientierung notwendig machen.<sup>38</sup>

Die neue syrische Führung scheint nur da zu zögern, wo die politische Macht und die politische Legitimation gefährdet werden könnten. Wenn aber die Reformen der Legitimation der neuen Führung förderlich erscheinen, zögert die Führung nicht, radikale Entscheidungen zu treffen. So führte sie nach mehr als 35 Jahre die privaten Schulen ein.

---

<sup>32</sup> Al-Hayat vom 17. März 1998.

<sup>33</sup> Tishrin vom 18. Juli 2000.

<sup>34</sup> Tishrin vom 20. August 2000.

<sup>35</sup> Al-Hayat vom 8. Dezember 2000.

<sup>36</sup> Die Bürger der arabischen Staaten dürfen sich im syrischen Bankenbereich mit 49% der Kapitalanteile beteiligen. Sie bedürfen allerdings die Zustimmung der syrischen Regierung, ebd.

<sup>37</sup> Vgl. Samir al-Shaikh Ali: *Islah al-qita' al-Am fi Suriya* (die Reformierung des syrischen öffentlichen Sektors). In: al-Thawra vom 3. Januar 2001.

<sup>38</sup> Das Wachstum des BIP betrug in den Jahren 1999, 2000 weniger als 1%; siehe hierzu al-Hayat vom 15. Februar 2001.

Darüber hinaus dürfen in Syrien private Hochschulen und Zweigstellen ausländischer Hochschulen gegründet werden. Für diese Entscheidung brauchte die neue syrische Führung, die den verheerenden technologischen Rückstand als eine große Herausforderung betrachtet, nur wenige Monate. Das gleich gilt für die konditionierte Aufhebung der Mietpreisbindung. Das Ende 50er Jahre verabschiedete Gesetz hat für vier Dekaden zu einer anhaltenden Krise im Wohnungsbau geführt. Die Mieter zahlten in den neunziger Jahren die in den 50er Jahren vereinbarten Mieten. Mit dem neuen Gesetz erhofft sich der Staat eine positive Entwicklung und Neubelebung des Wohnungsbaus.

### 5. Politische Strukturen in der Zeit der Stagnation

Die Stagnation und die Verknöcherung der Strukturen wurde vor allem auch im Bereich der Politik sichtbar. Asad stellte zu keiner Zeit die in der Verfassung von 1973 verankerte Führungsrolle der regierenden Ba'th-Partei in Staat und Gesellschaft (Art. 3) in Frage. Die 1972 gegründete Nationale Progressive Front diente eher zur Legitimation des Regimes. Sie hat seit ihrer Gründung nie eine selbständige Politik betrieben. Zudem marginalisierte Asad die mit ihm koalierenden Parteien durch das Prinzip der Spaltung und der Integration, so dass aus den vier Parteien, die 1972 die Front mit der Ba'th-Partei gründeten, weitere drei hervorgingen. Die Volksversammlung bildete eine zweite Möglichkeit für die Kooptation der politischen Kräfte. Neben den erwähnten Parteien der Nationalen Progressiven Front erhielten die "Unabhängigen" seit den Parlamentswahlen von 1990 etwa 35 Prozent der 250 Sitze.

*Tabelle: Parteien der Nationalen und Progressiven Front in Syrien und ihre Vertretung in der Volksversammlung in der Legislativperiode 1998-2002; die Unabhängigen erhielten 83 Sitze.*

Frontpartei	Sitze im Parlament 1998 (insges.250)	Führer der Partei
ASBP	135	Hafiz al-Asad (Baschar al-Asad)
Arabische Sozialistische Union	7	Safwan Qudsi
Partei der Sozialistischen Unionisten	7	Fayiz Ismail
Syrische KP	4	Wisal Bakdash
Vereinigte Kommunistische Partei	4	Yusuf Faisal
Bewegung der Arabischen Sozialisten	4	Abd al-Ghani Qannut
Unionistische Sozialistische Demokratische Partei	4	Ahmad al-As`ad
Bewegung der Arabischen Sozialisten	2	Ghassan Abd al-Aziz Uthman

Die politische Liberalisierung wurde zunehmend ein wichtiges Thema im politischen Leben Syriens. Dennoch lehnte Hafiz al-Asad wiederholt die politische Öffnung ab. Das in Syrien herrschende System sei für die syrischen Verhältnisse angemessen. Der institutionelle Rahmen verdeckt eher die oben angedeuteten Grundstrukturen des Systems. Die Stabilität des Systems beruhte nicht nur auf der modernen ideologischen Legitimation, sondern auch auf den viel zitierten berüchtigten und vielfältigen syrischen Geheimdiensten. Das System Hafiz al-Asads stützte sich vor allem auf die traditionelle Solidarität seiner alawitischen Gemeinschaft, die etwa 10 Prozent der syrischen Bevölkerung ausmacht. Die Loyalität der alawitischen Offiziere innerhalb der Armee, in den Geheimdiensten, aber auch in der Partei war die Hauptsäule der Stabilität des Systems.

Die Frage der Nachfolge des seit den 80er Jahren erkrankten Asads ging daher mit der Aufrechterhaltung der angedeuteten Strukturen einher. Zwei Ereignisse waren für die Auffassungen und Vorstellungen Asads hinsichtlich der Nachfolgefrage von primärer Bedeutung. Die Nachfolgefrage ergab sich zuerst im Herbst 1983, als Hafiz al-Asad schwer erkrankte und sein Amt nicht mehr ausüben konnte. Ein sechsköpfiges Gremium unter der Beteiligung seines Bruders Rifa'at al-Asad, dem damaligen Ministerpräsidenten Abd al-Ra'uuf al-Kasim sowie dem Außenminister Abd al-Halim Khaddam sollte ihn vertreten. Rifaat al-Asad fürchtete jedoch eine Machtverschiebung zum Nachteil der Alawiten. Konsequenterweise sammelte er die alawitischen Offiziere um sich und versuchte, durch die unter seinem Befehl stehenden Verteidigungsbrigaden (*Saraiya al-Difa`*), die Macht an sich zu reißen. Die Offiziere versagten ihm jedoch auf Anraten des erkrankten Staatspräsidenten die Gefolgschaft. Vom Krankenbett aus leitete Hafiz al-Asad die Entmachtung seines Bruders ein. Asad, der sich einst auf die Kampfbrigaden seines Bruders in der Auseinandersetzung mit den Islamisten verlassen konnte, hatte nun allen Grund zu der Befürchtung, dass sein unberechenbarer Bruder ihn entmachten und dadurch den behutsam aufgebauten Machtzuwachs der Alawiten in Gefahr bringen könnte. Obgleich diese Ereignisse unterschiedlich interpretiert werden scheint eines jedoch sicher zu sein: Asad war nun alarmiert, seinen Nachfolger selbst zu bestimmen. Der Aufbau seines älteren Sohnes Basil zum Nachfolger hatte höchste Priorität. Der unerwartete Unfalltod Basils im Jahr 1994 zwang den Präsidenten dazu, seinen zweitältesten Sohn für die Übernahme des Präsidentenamtes vorzubereiten. Seit Mitte der 90er Jahre wurde Baschar al-Asad systematisch aufgebaut. Seitdem wird die Aura des Modernisierers und des Saubermanns um ihn verbreitet. Die Modalitäten für die Machtübernahme durch Baschar beschränkten sich nicht nur auf einen Offizierslehrgang und den Vorsitz der "Syrischen Gesellschaft für Information". Darüber hinaus wurden in den letzten zwei Jahren alle möglichen Konkurrenten ausgeschaltet, so unter anderem

auch Asads Bruder Rifa'at al-Asad, der 1998 sein Amt als Vizepräsident verlor. Er ging daraufhin ins Exil. Im Herbst 1999 wurde er durch die gewaltsame Beschlagnahmung seines Besitzes in Syrien vorläufig außer Gefecht gesetzt. Baschar al-Asad war nun darum bemüht, innerhalb des Offiziercorps und in der Regierung Verbündete zu gewinnen. Die Entlassung von Offizieren und die Bildung einer neuen Regierung unter dem neuen Ministerpräsidenten Muhammad Mustafa Miro wurde durch die enge Mitwirkung des jungen Asad implementiert.

## **6. Baschar al-Asad: Zwischen Kontinuität und Wandel**

Die Machtübernahme durch Baschar al-Asad war nach dem Ableben seines Vaters eher eine Formsache, da, wie skizziert, das Drehbuch längst vorlag. Zwei Fragen scheinen aber trotz der problemlosen Machtübernahme für die Zukunft des Systems von großer Bedeutung zu sein. Zum einen, ob Baschar al-Asad gewillt und in der Lage ist, die Herausforderungen des schweren Erbes zu bewältigen. Dies hieße, das Land zu modernisieren und das System politisch und wirtschaftlich zu öffnen. Zum anderen stellt sich die Frage, ob er den Friedensprozess als eine wichtige Prämisse für den umfassenden Wandel fortführen wird? Diese Fragen scheinen in einem engen Zusammenhang mit der Zukunft seiner Herrschaft zu stehen.

In seiner Amtseinführungsrede bezog Baschar al-Asad Stellung zu den Herausforderungen und zu den Reformplänen, die er in der nächsten Zeit in Angriff nehmen wollte<sup>39</sup> und deutete an, dass er künftig zwei Leitlinien in seiner Politik verfolgen wird: Einerseits eine Erneuerung und Modernisierung aller Lebensbereiche und andererseits die Anpassung der bewährten Konzepte und Ideen an die Erfordernisse der Zeit. Der neue Präsident machte bei der Bewertung dieser Leitprinzipien einen Unterschied zwischen der erfolgreichen politischen Strategie des verstorbenen Präsidenten und der weniger erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die er, Hafiz al-Asad, nicht selbst geleitet habe. Die Wirtschaftspolitik habe in der Vergangenheit keine klare Linie gezeigt. Nicht anders als erwartet, plädierte der neue Präsident für eine Ermutigung und Motivierung der inländischen und ausländischen Investitionen. Der öffentliche Sektor soll konkurrenzfähig gemacht werden. Der "westlichen Demokratie" erteilte Baschar al-Asad eine klare Absage. Syrien solle sich auf eigene Erfahrungen beziehen: "Unsere Nationale Progressive Front basiert auf einem demokratischen Modell, das im Rahmen unserer eigenen Erfahrungen entstanden ist. Sie spielte eine fundamentale Rolle in unserem politischen Leben und zur Bewahrung unserer nationalen Einheit."<sup>40</sup> Diese Erfahrung solle, falls notwendig, weiterentwickelt werden. Der neue Präsident betonte im Zusammenhang

---

<sup>39</sup> Die Rede Baschar al-Asads ist in der syrischen Tageszeitung Tishrin vom 18. Juli 2000 abgedruckt.

<sup>40</sup> Tishrin vom 18. Juli 2000.

mit den innenpolitischen Umgestaltungen die Reform der Verwaltung und den Abbau des bürokratischen Apparates. Im Zusammenhang mit der Regional- und Friedenspolitik unterstrich Baschar al-Asad die besonderen Beziehungen mit dem Libanon und die Bereitschaft Syriens, einen Frieden mit Israel zu schließen, wenn die Grenzen vom 4. Juni 1967 als Grundlage für einen Friedensvertrag von Israel akzeptiert werden. Nach der Wahl Scharons zum neuen Ministerpräsidenten in Israel verhärtete sich jedoch die syrische Haltung. Da die syrische Führung davon ausgeht, dass baldige Verhandlungen mit Israel nicht stattfinden werden und da durch die Intifada ein Durchbruch in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen nicht zu erwarten ist, kehrte Baschar Al-Asad zu alten Strategie seines Vaters zurück. Er vertritt seit der Wahl Scharons die Ansicht, dass Syrien, Libanon und die Palästinenser nach erfolgreichen synchronen Verhandlungen mit Israel den Friedensvertrag schließen sollten.<sup>41</sup> Die Versöhnung mit Arafat auf der Gipfelkonferenz der arabischen Staaten in Amman Ende März 2001 und das Festhalten Syriens an seiner Präsenz und seiner Hegemonie im Libanon ist u.a. vor diesem Hintergrund zu sehen. Allerdings deutete Asad an, dass falls die Palästinenser eine "Separatfrieden" schließen werden, wird er sich gezwungen sehen den Konflikt beizulegen, wenn Israel die Grenzen vom 4. Juni 1967 als Grundlage akzeptiert.<sup>42</sup>

Die Vorstellungen des neuen Präsidenten über die Umgestaltung scheinen tatsächlich, wie die Kritiker des Systems es formulieren, eher kosmetisch zu sein.<sup>43</sup> Baschar al-Asad thematisierte vor und nach der Machtübernahme die Fragen der Korruption und der Modernisierung bzw. der Einführung von neuen Kommunikationsmedien. Die Bekämpfung der Korruption war auch der Anlaß für die Entlassung des Ex-Ministerpräsidenten Muhammad al-Zu`bi im März 2000. Al-Zu`bi, der seit 1987 Ministerpräsident war, wurde persönlich für die Stagnation und Korruption verantwortlich gemacht. Er beging nach seinem Ausschluss aus der Ba`th-Partei Selbstmord. Im Rahmen dieser Kampagne wurden einige Ex-Minister, hohe Offiziere und Ba`th-Parteifunktionäre verhaftet bzw. vom Dienst suspendiert. Abgesehen von einigen "Bauernopfern" wurden jedoch die Mitglieder der "alten Garde" um den verstorbenen Präsidenten nicht angetastet. Diese waren und sind nicht minder in das Korruptionssystem verwickelt. Politiker wie Verteidigungsminister Mustafa Tlas, Stabschef Ali Aslan, der Befehlshaber der syrischen Streitkräfte im Libanon, Ghazi Kana'an und der Vizepräsident Khaddam, um nur einige Namen zu nennen, werden in der Literatur über die Herrschaft Hafiz al-Asads oft als Pfeiler des Korruptionssystems

---

<sup>41</sup> Vgl. das Interview der saudischen Zeitung al-Sharq al-Awsat vom 8. Februar 2001 mit Baschar al-Asad.

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Vgl. Middle East International vom 1. September 2000, S. 14.

erwähnt.<sup>44</sup> Das Instrument der "Kampagne gegen Korruption" wurde in Syrien in den 70er und 80er Jahren wiederholt eingesetzt. Doch unter der Voraussetzung der fehlenden Gewaltenteilung, des Notstandsrechts und der Verflechtung der Staatsklasse mit dem wirtschaftlichen Staatssektor hatten diese Kampagnen nur vorübergehenden Charakter. Zwei Monate nach der Machtübernahme durch Baschar al-Asad scheint die Kampagne bereits verebbt zu sein.<sup>45</sup> Die Umstrukturierung der Ba'th-Partei, die seit der Amtsübernahme durch Baschar al-Asad vorgenommen wird, dient vermutlich eher der Effizienz des Parteiapparates. Dieser war von Hafiz al-Asad zugunsten anderer Institutionen, vor allem der Geheimdienste, vernachlässigt worden. Die versprochene Anpassung der "Nationalen Progressiven Front" beschränkt sich bisweilen auf die im Oktober 2000 erteilte Erlaubnis zur Öffnung von Büros für die Frontparteien. Diesem Schritt erfolgte eine weitere Entscheidung: der Präsident erlaubte den Frontparteien die Publikation eigener Zeitungen. Diese Parteien blieben aber 28 Jahre nach der Gründung der Front juristisch illegal, da seit der Machtübernahme durch die regierende Ba'th-Partei kein Parteiengesetz verabschiedet worden ist. Die Frontparteien sind vom guten Willen der Staatsführung abhängig. Ein nicht unbedeutender Faktor ist die Frage nach der Haltung des Präsidenten zur alten Garde, die seinen Vater dreißig Jahre auf seinem Weg zum absoluten Herrscher Syriens begleitete. Die in Syrien entstandene Konstellation unterscheidet sich von der, die sich in Jordanien nach dem Tode König Husseins bildete. Der neue jordanische König hat eher die Handhabe, sich der alten Garde zu entledigen. Da die Stabilität der haschemitischen Herrscher, die selbst keine autochthone jordanische Gruppe sind, auf der Partizipation der Vertreter der traditionellen ethnischen und religiösen Gruppen an der Macht beruht, kann der junge König die alte Garde durch junge Vertreter der erwähnten Gruppen ersetzen. Eine angemessene Beteiligung der Palästinenser bleibt noch eine offene Frage, auch wenn ihre Zahl im Sommer 2000 unter der neu gegründeten Regierung Abu al-Raghib zugenommen hat. Die Ziele des neuen Königs, der sich ebenfalls der verkrusteten Strukturen entledigen will, konzentrieren sich auf die Demokratisierung, Liberalisierung und Privatisierung. König Hussein legte schon Ende der 80er Jahre die Grundlagen für die Verwirklichung dieser Ziele. Allerdings scheint die politische Gleichberechtigung des palästinensischen Bevölkerungsteils die größte Herausforderung für König Abdallah zu sein. In Syrien kann Baschar al-Asad die mächtige alawitische Gruppe innerhalb der Armee und im Staatsapparat nicht entmachten, um sie durch eine jüngere, weniger korrupte Gegenelite zu ersetzen, da sie die Grundlage seiner eigenen Macht ist. Die inneralawitischen Differenzen könnten der Anfang einer Marginalisierung sein. Hafiz al-Asad hat u.a. seinen Bruder Rifa'at al-Asad deshalb aus

---

<sup>44</sup> Vgl. Mahmud Sadiq: *Hiwar hawla Suriya* (Dialog über Syrien). Kairo 1994; Hans Günter Lohmeyer: *Opposition und Widerstand in Syrien*, Hamburg 1995.

<sup>45</sup> Vgl. Baschar consolidates, in: *Middle East International* vom 1. September 2000, S. 14-16.

dem Zentrum der Macht entfernt, da er die Gefahren möglicher inneralawitischer Zwistigkeiten bemerkte.<sup>46</sup> Die sunnitischen Angehörigen der alten Garde kann er ebenso wenig entmachten, da die enge Verflechtung dieser Politiker mit dem System dies nicht zulässt. So konnte der ehemalige Stabschef der syrischen Armee, Hikmat Shihabi, der sich nach Berichten der syrischen Presse über seine Verwicklung in Korruptionsskandale in die USA abgesetzt hatte, im Juli 2000 unbehelligt nach Damaskus zurückkehren. Es ist zu vermuten, dass die syrischen Behörden den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Korruption zurücknahmen. Asad soll dem Präsidenten der Volksversammlung, Abd al-Qadir Qaddura, anvertraut haben: "After my father passed away, I learned the value of the organization he left behind".<sup>47</sup>

Baschar al-Asad hat auf dem Parteitag der regierenden Ba'th-Partei im letzten Juni durchgesetzt, dass korrupte Personen, die für das Regime zu einer Belastung geworden waren, nicht wiedergewählt wurden. Ferner hat er auch einige Provinzfunktionäre entlassen. In der Führung der Massenmedien kam es ebenfalls zu Entlassungen und Umsetzungen. Doch diese Maßnahmen trugen bislang offensichtlich nicht zu einer Veränderung der Strukturen bei, die seit Jahrzehnten die Ursache für Stagnation und Korruption sind. Solange der Staat eine führende Rolle in der Wirtschaft spielt und die Privatisierung der maroden Staatsunternehmen verhindert wird, scheint eine Reformpolitik kaum durchführbar. Hinzu kommt, dass unter dem verstorbenen Präsidenten Netzwerke entstanden sind, die die Korruption und die Vetternwirtschaft zu einer allgemein gültigen Norm gemacht haben. Die Beispiele reichen vom Aufbau industrieller Produktionsanlagen bis zur Ausstellung von Personaldokumenten. Der Staat hat sich sozusagen privatisiert. Alle Vorgänge können extralegal-effektiv erfolgen, wenn Gegenleistungen erbracht werden.<sup>48</sup>

Auf dem Feld der Regionalpolitik verfügt der neue Präsident über eine gewisse Bewegungsfreiheit. Er ist nicht wie sein Vater mit einer schweren Hypothek und Verwicklung belastet. Die Beziehungen zwischen Syrien und Jordanien und auch die mit Arafat sprechen von einem neuen Anfang. Strategisch bleiben die Beziehungen mit Ägypten, aber vor allem mit Saudi-Arabien bzw. mit anderen Staaten des Golfkooperationsrates, die Syrien seit Jahrzehnten finanziell unterstützen, von zentraler Bedeutung. Syrien kann nur in der Kooperation mit Ägypten und Saudi-Arabien eine starke arabische Achse bilden. Dies war nach dem Jom-Kippur-Krieg und nach dem Zweiten Golfkrieg der Fall.

---

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Zur in Syrien grassierenden Korruption und Korruptionsnetzwerken vgl. Mahmud Sadiq: Hiwar hawla Suriya (Dialog über Syrien), Kairo 1994.

Neben der Festigung seiner Herrschaft werden die Haltung des neuen Präsidenten zum nahöstlichen Friedensprozess insgesamt und insbesondere zum israelisch-syrischen Konflikt höchstwahrscheinlich die bestimmenden Faktoren für die syrische Politik sein. Die politische Stabilität und die damit zusammenhängende ökonomische Prosperität hängen mit der Beilegung des bilateralen und regionalen Konflikts zusammen. Bei den beiden israelisch-syrischen Verhandlungsrunden wurde von israelischer Seite stets mit dem Gesundheitszustand Hafiz al-Asads spekuliert. Der Präsident, so hieß es damals, hat keine andere Wahl, als den Konflikt vor seinem Tode zu regeln, zumal der designierte Nachfolger sein eigener Sohn war. Dies implizierte, dass der verstorbene Präsident allein die Macht dazu hatte, den Frieden mit Israel gegenüber internen und externen Gegnern der Konfliktbeilegung durchzusetzen. Dies war nicht falsch. Asad hätte gern den Konflikt mit Israel zu seinen Lebzeiten geregelt, um die Machtübernahme durch seinen Sohn nicht zu belasten. Er war aber nicht bereit, um jeden Preis Frieden mit Israel zu schließen.

Baschar al-Asad hat erwartungsgemäß nach seiner Wahl und in seiner Amtsübernahmerede seine Bereitschaft erklärt, für den Fall, dass Israel die Grenzen vom 4. Juni 1967 akzeptieren würde, die Verhandlungen wiederaufzunehmen und Frieden zu schließen.<sup>49</sup> Die Tatsache, dass Syrien bisher noch keinen Friedensvertrag mit Israel abgeschlossen hat, ist momentan die Ursache dafür, dass Syrien keinen vergleichbaren innenpolitischen Druck spürt, wie er in Jordanien und Ägypten spürbar ist. Da der Frieden für Syrien unter der Herrschaft Hafiz al-Asads, und vermutlich auch unter der seines Sohnes nur einen Wert im Kontext der Systemstabilität hat, wird es zu keiner baldigen Entscheidung kommen, auch wenn Israel die Grenzen vom 4. Juni 1967 akzeptieren würde.

## **7. Die Wiederbelebung der syrischen Zivilgesellschaft**

Nur wenige Wochen nach dem Ableben des alten Präsidenten machte sich die todangesagte syrische Zivilgesellschaft bemerkbar. Im September 2000 veröffentlichten die Angehörigen der syrischen Intelligenz ein Manifest, in dem sie eine politische Öffnung des Systems forderten.<sup>50</sup> Dass dieses in den libanesischen Zeitungen publizierte Dokument nicht, wie es in Syrien unter Herrschaft Hafiz al-Asad Usus war, eine Welle von Verhaftungen auslöste, zeigte, dass die neue Führung unter Baschar al-Asad es zumindest nicht für opportun hielt, den Ruf nach politischer Öffnung des Systems durch die bisherigen repressiven Methoden zu unterdrücken. Es ist aber durchaus vorstellbar, dass die bisherige herrschende Elite den Ruf nach politischem Liberalismus und tiefgreifenden Reformen nicht für besonders relevant hielt. In der Vergangenheit brachte der verstorbene Präsident Hafiz al-Asad jedwede potentielle Diskussion über die

<sup>49</sup> Vgl. Tishrin vom 18. Juli 2000.

<sup>50</sup> Das Manifest 99 wurde von 99 namhaften syrischen Intellektuellen unterschrieben.

Demokratisierung mit dem Argument "Wir brauchen keine importierte Demokratie", zum Schweigen.. Asad konnte von der Prämisse ausgehen, dass die syrische Zivilgesellschaft, die nach Gründung des Staates, aber vor allem nach der Unabhängigkeit 1946, dabei war sich zu formieren, seit der Machtübernahme durch die Bath-Partei 1963 systematisch geschwächt wurde. Die Partei und ihre "Massenorganisationen" sprachen im Namen einer Gesellschaft, die in der Wirklichkeit dem autoritären Staat unterstellt war. Die Versuche des Einparteiensystems dieses durch die Gründung der Nationalen Progressiven Front zu kaschieren, verlor mit der zunehmenden Popularität des demokratischen Diskurses in der Region an Glaubwürdigkeit. Der Zusammenbruch der totalitären osteuropäischen Systeme, die strategischen verbündeten des Systems in Syriens, trug zum zunehmenden Legitimationsdefizit des Systems von Hafiz al-Asad bei.

Dass sich eine Zivilgesellschaft unter der Herrschaft eines autoritären Systems bestenfalls auf die Tätigkeit im karitativen Bereich des gesellschaftlichen Lebens zurückzieht, ist am Beispiel Syrien exemplarisch zu belegen. Im Ba`th-Staat wurde lediglich die Staatspartei kraft Verfassung legalisiert. Die freien Gewerkschaften wurden der Partei untergeordnet. Die Vereine wurden radikal reglementiert und, wie schon erwähnt, wurde ihnen die Aufgabe zugesprochen, im karitativen, bzw. begrenzt im wissenschaftlichem Bereich (z.B. Geographischer Verein, Geologischer Verein, etc...), und nur auf lokaler Ebene tätig zu werden. Die 52851 Mitte 90er Jahre vorhandenen syrischen Vereine (z.B. Freunde der Stadt Damaskus, Freunde der Zitadelle von Aleppo etc.) waren rechtlich und politisch dem Ministerium für Soziale Angelegenheiten unterstellt. Das Ministerium kontrollierte sämtliche Aktivitäten der Vereine, die für jede Aktivität die Erlaubnis des Ministeriums einholen mußten. Die Berufsverbände (Rechtanwälte, Ingenieure, Ärzte etc.) konnten aus den Gründen der Professionalität und Spezialisierung nur begrenzt dem Staat untergeordnet werden. Dennoch hörte der Ba`th-Staat nie auf, die Selbständigkeit der Berufsverbände auszuhöhlen.<sup>52</sup> Abgesehen von dem Problem der Träger der Zivilgesellschaft gab es im Rahmen der radikalnationalistischen Ideologie der Ba`th-Partei für die Werte und Normen einer freien Zivilgesellschaft, wie Toleranz, Zivilität, friedliche Konfliktregelung etc., keinen Raum. Mit dem zunehmenden extremen Personenkult um Hafiz al-Asad und seiner Familie ähnelte Syrien im hohen Grad dem System in Nordkorea. Angesichts der Omnipotenz des Machtapparats (Staatspartei, Staatsverwaltung, Armee) gingen die Beobachter des politischen Systems Mitte 90er davon aus, dass die Zivilgesellschaft unter

---

<sup>51</sup> Daad Musa: Dirasat aliyat 'amal al-jam'iyat al-ahliya al-suriya (Eine Studie der Mechanismen der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Vereine in Syrien). Unveröffentlichtes Papier, eingereicht auf der Bunjan-Tagung der Friederich Naumann-Stiftung 2-3.11.1999 in Amman/Jordanien, S. 3.

<sup>52</sup> Vgl. hierzu: Jurj (Georg) Bira: Al-mujtama' al-madani wa al-tahwul al-dimuqrati fi suriya (die Zivilgesellschaft und der demokratische Wandel in Syrien). Kairo: Ibn Khaldun-Center 1995, S.77-79.

Herrschaft Hafiz al-Asad kaum Entfaltungschancen habe.<sup>53</sup> Der Ruf der Angehörigen der syrischen Intelligenz nach dem Tode Hafiz al-Asad nach bürgerlichen Freiheiten und nach einer freien Zivilgesellschaft war eine kaum zu erwartende Entwicklung. Zwar durfte in Syrien, anders als in totalitären Systemen des Ostblocks, die kritische Intelligenz weiter tätig bleiben. Dies geschah aber unter der Voraussetzung, dass die Spitze des Systems von der Kritik verschont bleiben musste. Das erste Manifest der "Vertreter" der syrischen Intelligenz, das sogenannte Manifest 99, machte in seiner Bewertung der schweren Jahre unter der Herrschaft von Hafiz al-Asad und in der Forderung nach einer freien Zivilgesellschaft das ganze System verantwortlich.<sup>54</sup> Schließlich war Asad die beherrschende Figur im System. Er war derjenige, der jedwede politische Reformen, die sein Regime in Wanken bringen konnten, abgelehnt hat. Asad, der sein Regime nach den osteuropäischen Einparteien Systemen aufgebaut hatte, lehnte in den 90er Jahren den Ruf nach Demokratisierung mit der Begründung ab, dass das Land keine Bedarf für eine "importierte Demokratie" habe.<sup>55</sup> Bedeutend ist das Manifest 99 vor allem deshalb, weil es indirekt das Konzept des neuen Präsidenten- die Wirtschaft zu modernisieren ohne jedoch die politischen Fundamente des Regimes anzutasten, kritisiert. Das Manifest macht die Reziprozität zwischen den wirtschaftlichen und politischen Reformen deutlich. Die Forderung nach Aufhebung des 1963 verhängte Ausnahmerechts und Freilassung politischer Häftling durften in einem Land ohne Rechtsicherheit, wie Syrien unter Asad, von großer Bedeutung gewesen sein. Baschar al-Asad musste im Rahmen der Begründung eigener Legitimität tatsächlich die politischen Gefangenen freilassen und den brüchigsten Kerker al-Maza in Damaskus schließen. Der junge Asad glaubte, durch diese Schritte seinen Willen deutlich zu machen, auch politische Reformen durchzuführen. Diese minimalistischen Schritte schienen aber die Reformforderung der syrischen Intelligenzia kaum zu befriedigen. Inzwischen meldeten sich kritische Stimmen aus dem syrischen Parlament (Majlis al-Sha' b: Volksversammlung), das von dem ältern Asad als dekoratives Organ zur Legitimation seiner Entscheidungen gedacht war. Viel wichtiger scheint die Selbstorganisation der Träger der Idee der Zivilgesellschaft zu sein. Nur in wenigen Wochen entstanden fast in allen syrischen Provinzen Komitees zur Wiederbelebung der Zivilgesellschaft (Iijan ihiya' al-mujtama' al-madani). Dies war eine rasante Entwicklung, die die alte Garde, die Kamarilla des verstorbenen Präsidenten, nicht erwartet hatte. Im Januar 2001 erschien das Grunddokument (Manifest 1000) der syrischen Intelligenzia.<sup>56</sup> Das neue Dokument ging über die partiellen Forderungen, die in Manifest 99 enthalten waren, hinaus. Es ist im Grunde genommen ein Entwurf, der den Bath-Staat in toto und en

<sup>53</sup> Vgl. Bira, 1995, a.a.O., Lobmeyer, 1995, a.a.O.

<sup>54</sup> Zum Text des Manifests siehe al-Hayat vom 27. September 2000.

<sup>55</sup> Bira, a.a.O., S. 59..

<sup>56</sup> Der Text ist in der Tageszeitung al-Hayat vom 12. Januar 2001 abgedruckt.

bloc in Frage stellt. Die Unterzeichner des Dokuments gehen von der Notwendigkeit eines nationalen Dialogs zur Bewältigung der Herausforderungen aus. Im Zusammenhang mit der Wiederbelebung der syrischen Zivilgesellschaft nimmt das Dokument Rekurs auf die Erfahrungen des Landes. Syrien in der prä-ba'thistischen Phase sei ein Beispiel für eine ausgewogene Entwicklung, im Rahmen derer die Individuen Träger von politischen Rechten war. Die Unterzeichner stellen dann das ba'thistische System an den Pranger. Das Amt und die Person bildeten in diesem Einparteiensystem, das jedwede Vielfalt ablehnt eine Einheit. Der Staat und seine Institutionen wurden zum persönlichen Eigentum der Machthaber. Korruption und Ausplünderung der Gesellschaft waren Kennzeichen dieses Systems. Das entmachtete Volk galt als politisch verdächtig und unfähig sich selber zu regieren. Die Zerstörung der syrischen Zivilgesellschaft habe auch zur Folge gehabt, dass der Staat qua Institution seine Bedeutung verlor. Der Staat trat lediglich in der Person der Herrscher auf. Schließlich ist nach dem Zusammenbruch der totalitären Systeme Osteuropas zu beobachten, dass ein Staat, der sich nicht auf eine freie und funktionierende Zivilgesellschaft stützen kann, in Wirklichkeit ein schwacher Staat ist. Das Dokument betont die Notwendigkeit der Renaissance einer syrischen Zivilgesellschaft für den Aufbau einer neuen Ordnung, aber auch für den Aufbau eines Rechtsstaates. In einem pluralistischen System sollen die gesellschaftlichen Gruppen das Recht erhalten ihre Vorstellungen zu formulieren, um die Demokratisierung und Modernisierung voranzubringen. Selektive, punktuelle Reformen sind nach der Auffassung der Unterzeichner in der konkreten historischen Situation in Syrien weder produktiv noch durchführbar. Die Unterzeichner des Grunddokuments plädieren zum Schluss für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, für freie Meinungsäußerung, für eine freie Justiz, für den politischen Pluralismus, für soziale Rechte der Bevölkerung und für die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Während der neue Präsident noch zögerte, versuchte die alte Garde, gestützt auf den Partei- und Staatsapparat, die Entwicklung im Keim zu ersticken.

Der Gegenangriff der Staatsmacht auf die Aktivitäten der Intelligenz nahm mehrere Formen an. Sie reichten von Unterstellungen, dass diese im Auftrag von Fremdmächten agieren, bis zum Versuch der Ba'th-Partei Intelligenz den Diskurs über die Zivilgesellschaft als eine "Schimäre" zurückzuweisen. Darüber hinaus versuchte die Ba'th-Partei ihre "Massenorganisationen" (Frauenunion, Bauernunion, Studentenunion, Jugendunion etc.) als die authentischen Organisationen der syrischen Gesellschaft zu mobilisieren.<sup>57</sup> Der syrische Informationsminister Adnan Umran startete Ende Januar den Gegenangriff mit der Bemerkung, die Zivilgesellschaft sei ein Instrument des Neo-Imperialismus und dass

---

<sup>57</sup> Vgl. al-Hayat vom 21. Februar 2001.

die syrische Verfassung die Einheit der Gesellschaft garantiere.<sup>58</sup> Umran versäumte es nicht auf den laufenden Prozess gegen den ägyptischen Soziologen Sad ad-Din Ibrahim zu verweisen,<sup>59</sup> um den Ruf nach einer freien Zivilgesellschaft zu diskreditieren. Man machte Ibrahim den Prozess, so Umran, weil er Informationen gegen Geld an einer ausländischen Macht geliefert habe.<sup>60</sup> Der syrische Vizepräsident Abd al-Halim al-Khaddam konkretisierte Ende Februar 2001 die von Umran gemachten Vorwürfe. Die Ba'th-Partei erlaube auf keinen Fall, so Khaddam, dass Syrien "zu Algerien oder Jugoslawien" umgewandelt werde.<sup>61</sup> Diese Äußerung ist als Replik auf eine Äußerung der Vertreter der Idee einer freien Zivilgesellschaft zu verstehen, dass die multiethnische Struktur Syriens anerkannt werden solle und dass die gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere die Gewerkschaften, von der Dominanz des Staates befreit werden sollten. Die Thematisierung der Frage der konfessionellen und ethnischen Vielfalt in Syrien traf einen sensiblen Nerv des Ba'th-Staates. Das System lehnte stets die Anerkennung der ethnischen und konfessionellen Vielfalt in Syrien ab.<sup>62</sup> Wahrscheinlich spielt hierbei die Tatsache, dass ein beachtlicher Teil der Herrschenden aus den Reihen der Alawiten stammen, eine entscheidende Rolle. Die Nichtanerkennung der Vielfalt hat somit die Funktion, das Thema der Prädominanz der alawitischen Minderheit zu tabuisieren. Wenn ex officio die Existenz von ethnischen und konfessionellen Gruppen in Syrien ignoriert wird, wird als logische Folge die Prädominanz der Alawiten im politischen System in Abrede gestellt. Da die Muslimbruderschaft in den 70er und 90er Jahre das Thema offen als Instrument gegen das Regime einsetzte, versuchte das Regime die Vielfalt aus dem öffentlichen Leben zu verbannen.

Die Äußerungen Khaddam waren der Auftakt für eine Kampagne der Ba'th-Partei gegen diejenigen, die für die Wiederbelebung der syrischen Zivilgesellschaft plädierten. Abgesehen von der erwähnten Diskreditierung der Intention der zivilgesellschaftlichen Akteure, versuchte die Ba'th-Partei die Errungenschaften des Regimes in der letzten vier Dekaden hervorzuheben. Syrien habe politisch und sozial unter der Herrschaft der Ba'th-

---

<sup>58</sup> Vgl. al-Hayat vom 30. Januar 2001.

<sup>59</sup> Die ägyptische Regierung warf im Sommer 2000 dem ägyptischen Soziologen und Leiter des Ibn Khaldun Center for Development Studies (Kairo) vor, illegal finanzielle Unterstützung von ausländischen Geberorganisationen erhalten und Informationen an ausländischen Stellen geliefert zu haben. Das intellektuelle und praktische Auftreten Ibrahims für die Demokratisierung in Ägypten dürfte den Hintergrund der juristischen Verfolgung zu sein.

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> Vgl. al-Hayat vom 19. Februar 2001.

<sup>62</sup> Seit der Machtübernahme der Ba'th-Partei in Syrien wird vor allem die kurdische Minderheit (ca. 10% der Gesamtbevölkerung in Syrien) verfolgt. In den 60er Jahre wurde ein beachtlicher Teil der kurdischen Bevölkerung als Flüchtlinge deklariert. Der Staat entzog ihnen dann die syrische Staatsbürgerschaft. Mitte 60er wurden arabische Bürger entlang der syrisch-irakischen und syrisch-türkischen Grenze angesiedelt. Die Verfolgung der Kurden wurde unter Asad rigoros betrieben. Vgl. hierzu Mustafa Nazdar: *The Kurds in Syria*, in: Gerard Chaliand; *People Without a Country*. London: Zed Press 1978, S. 211-219.

Partei einen grundlegenden Wandel durchgemacht. Das Ba'th-Modell sei aber nicht frei von Irrtümern.<sup>63</sup> Die positiven Aspekte aber überwiegen. Schließlich sei der Kampf gegen Israel ursächlich für die Krisen der letzten Dekaden. Die ba'thistische Intelligenz, vorwiegend Hochschullehrer,<sup>64</sup> wurde, wahrscheinlich auf Empfehlung der Ba'th-Partei hin, veranlasst, die Funktionäre und die Versammlungen der Träger der Idee der Zivilgesellschaft zu besuchen. Die Gegenargumentation der Hochschullehrer ist eher legalistisch. So bewertete Faisal Kalthum, Professor für Rechtswissenschaft an der Universität von Damaskus, das Regime folgendermaßen: "Das System beruht auf dem politischen öffentlichen Willen der Mehrheit, die durch elektoralen Entscheidung formiert ist. Seit der Machtübernahme durch Präsident Asad und bis heute habe sich das System auf das Prinzip der Partizipation durch die Wahlen gestützt." <sup>65</sup> Zudem bemängelt Kalthum, wie alle Vertreter des herrschenden Systems, dass die Befürworter der Zivilgesellschaft den arabisch-israelischen Konflikt aus ihrem Projekt ausgeblendet haben.<sup>66</sup> Der arabisch-israelische Konflikt steht in der Tat nicht im Mittelpunkt des Interesses der syrischen Intelligenz. Zwar geht das Grunddokument der Intelligenz auf den Konflikt ein. Ihnen ist aber vermutlich bewusst, dass der Konflikt mit Israel stets der Hintergrund für die Rechtfertigung der politischen Repression war und ist. Wer dem arabisch-israelischen Konflikt die höchste Priorität einräumt, kann nicht umhin das Ausnahmerecht und die Abschaffung der Grundrechte akzeptieren.

Als die Vertreter einer freien Zivilgesellschaft konkrete Vorstellungen über Gründung einer "liberalen Partei" machten<sup>67</sup> und als die Komitees für die Wiederbelebung der syrischen Zivilgesellschaft ihre Aktivitäten ausweiteten, reglementierte der Staat die Versammlungsfreiheit. Die Komitees zur Wiederbelebung der Zivilgesellschaft, die rechtlich nicht anerkannt waren, mussten zwei Wochen vor der Versammlung alle Informationen, die die Themen und die Anwesenden betreffen an die Sicherheitsorgane liefern.<sup>68</sup> Diese Regelementierung sowie Drohungen gegen die Angehörigen der

---

<sup>63</sup> Vgl. al-Hayat vom 16. Februar 2001.

<sup>64</sup> In Syrien wurden nur Mitglieder der Ba'th-Partei zu Hochschullehrern ernannt. Es gab in den letzten drei Dekaden nur wenige Ausnahmen.

<sup>65</sup> Vgl. al-Hayat vom 17. Februar 2001.

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Vor allem der unabhängige Abgeordnete in der syrischen Volksversammlung Riyad Saif plädierte für die Gründung einer syrischen liberalen Partei. Er musste, angesichts der Drohung des Parlamentspräsidenten Qaddura seine Immunität aufzuhaben, sein Vorhaben vorübergehend aufgeben.

<sup>68</sup> Es geht hier um den Abgeordneten Riyad Saif, der im Januar 2001 seinen Plan für die Gründung einer Partei des "Sozialen Friedens" (Hizb al-Silm Al-Ahli) verkündete, vgl. al-Hayat vom 19. Februar 2001. Der Parlamentspräsident betrachtete diese Erklärung als Verletzung der Verfassung, die nur die Ba'th-Partei für legal hält, ebd.

Intelligenz, die in einem konkreten Fall mit tätlichen Angriffen endeten,<sup>69</sup> sollten die Intelligenz einschüchtern.

Welche Position hat aber der neue Präsident zu dieser Debatte eingenommen? In einem Interview mit der saudischen Zeitung al-Sharq al-Awsat nahm Baschar al-Asad ausführlich Stellung zu den Liberalisierungsdebatten in Syrien<sup>70</sup> und betonte, dass er nicht vorhabe das bereits Vorhandene zu beseitigen. Er möchte vielmehr darauf aufbauen. Er lehnt es daher ab, neue Parteien zuzulassen, ohne die Situation in ihrer Gesamtheit näher betrachtet zu haben. Auf der Einwand der al-Sharq al-Awsat: "Dies kann aber zehn Tage oder 20 Jahre beanspruchen", antwortete Asad: "wichtig ist kalkulierbare Schritte zu gehen [...]". Es gibt bis jetzt keine konkrete Antwort auf die Frage, wie das Parteiensystem in Syrien sich in der Zukunft entwickeln wird. Augenblicklich studieren wir diese Frage." Gefragt über seine Haltung zur syrischen Intelligenz, klassifizierte Asad die Intelligenz als eine Elite, die limitierte Interessen verfolgt. Asad lehnte allerdings den Ruf nach einer freien syrischen Zivilgesellschaft nicht grundsätzlich ab, bestand aber darauf, dass die gesamte Situation und die Interessen der Gesamtheit sowie die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt werden müssten. Nicht uninteressant scheint der Versuch des Präsidenten zu sein den Begriff Zivilgesellschaft zu definieren: "Hier ist eine Vermischung zwischen dem Begriff Zivilgesellschaft und den Institutionen der Zivilgesellschaft festzustellen. Die Zivilgesellschaft ist eine zivilisatorische Gesellschaft, die durch die Akkumulation der Kulturen über Hunderte oder Tausende von Jahren entstanden ist. Syrien hat eine über sechstausendjährige Kulturgeschichte. Die Aussage 'wir wollen eine Zivilgesellschaft aufbauen' nivelliert diese Geschichte, um dann mit einer neuen Geschichte zu beginnen. Dies ist natürlich utopisch, abgesehen davon, dass dies als eine Ablehnung dieser Geschichte und ein Versuch sich von ihr zu distanzieren zu bewerten ist [...]. Die Institutionen der Zivilgesellschaft aber haben eine andere Bedeutung. Sie sind in Syrien vorhanden, wenn auch möglicherweise noch nicht in einer idealen Form [...]. Wichtig ist, festzustellen, dass diese Institutionen keinen Ersatz für die Institutionen des Staates bilden, wie einige Leute es verbreiten. Sie müssen auch diese Institutionen nicht präjudizieren. Ganz im Gegensatz: ihre Entstehung folgt der Entstehung der staatlichen Institutionen. Sie stützen sich auf die staatlichen Institutionen und unterstützen sie. Sie entstehen nicht auf den Trümmern der staatlichen Institutionen.. Man kann nicht von vollständigen und gesunden Institutionen der Zivilgesellschaft reden, wenn die Vollendung der staatlichen Institutionen noch nicht bewerkstelligt ist. Da wir die Reformierung der

---

<sup>69</sup> Es geht um den tätlich Angriff gegen den syrischen Schriftsteller Nabil Sulaiman, der als Befürworter eigens demokratischen Wandels Systems gilt. Trotz der Proteste seiner Kollegen wurde der Fall nicht geklärt, siehe al-Hayat vom 31. Januar 2001.

<sup>70</sup> Siehe al-Sharq al-Awsat vom 8. Februar 2001

(<http://www.asharqalawsat.com/pcdaily/pcstatic/04aaatopics/Bascharasad.html>)

staatlichen Institutionen und die Konsolidierung des institutionellen Denkens vorgenommen haben, sollte die Entwicklung der Institutionen der Zivilgesellschaft in einer späteren Phase in Angriff genommen werden. Folglich haben sie für uns keine Priorität."

Aus diesem längeren Zitat wird ersichtlich, dass dem neuen Präsidenten allzu deutlich ist, dass die Reformen unabdingbar sind. Er möchte aber bei einer partiellen und vorsichtigen Kritik der Erfahrungen und der Normen der Vergangenheit einen Schluss mit der Vergangenheit vermeiden. Denn ihm ist bewusst, dass er sein Amt dem Vermächtnis seines Vaters verdankt. Nur die Kontinuität der Legimitation verschafft seinem Amt die notwendige Daseinsberechtigung. Seine Ausführungen über die staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sind nicht uninteressant. Es ist allerdings nicht ersichtlich, wie er den Aufbau der staatlichen Institutionen vollenden will ohne sich auf die Institutionen der Zivilgesellschaft zu stützen. Er erweckt den Eindruck, als ob der Aufbau der staatlichen Institutionen außerhalb der Sphäre der Zivilgesellschaft vollzogen wird. Der Präsident verkündete zwar in dem erwähnten Interview, dass er den Wandel nicht befürchte und dass er der Initiator des Wandels sei. Sein Versuch den Ruf nach einem baldigen Wandel zu unterdrücken, zeigt allerdings, dass er die Notwendigkeit des Wandels zwar als unabdingbar bewertet, die Veränderungen sollen aber nicht zur Machtverschiebung führen.

## **8. Zusammenfassung**

Das Ableben Hafiz al-Asads wird vermutlich die Nahostpolitik des Landes spürbar beeinflussen. Syrien als eine aktive, berechenbare und konsequente Regionalmacht wird voraussichtlich seinen Rang in der Regionalpolitik zumindest kurzfristig nicht behaupten können. Der verstorbene syrische Präsident hat ein strenges, stabiles, aber wenig dynamisches innenpolitisches Regime aufgebaut. Ferner hat er es verstanden, Syrien unter den besonderen historischen Bedingungen im Schatten des bipolaren Weltsystems als eine Regionalmacht zu etablieren. Innenpolitisch und wirtschaftlich erstarrte das System. Hafiz al-Asad schien geglaubt zu haben, dass jedwede Veränderung zur Machtverschiebung und zum Machtverlust führen kann. Das Ergebnis war eine ökonomische und politische Stagnation des Landes. Die konfessionalistische Struktur des Systems war wahrscheinlich ein bestimmender Faktor, der den Willen zu Reformen bei Asad schwächte und reduzierte. Liberalisierung, Demokratisierung und Partizipation könnten ein "Schreckgespenst" für das autoritäre System Hafiz al-Asads gewesen sein. In der Außenpolitik gelang es dem alten Präsidenten, die Herausforderungen zu bewältigen, sich z.B. trotz regionaler und internationaler Widerstände im Libanon festzusetzen. Die 90er Jahre brachten neue Herausforderungen. Das Ende des globalen bipolaren Systems bedeutete für Hafiz al-Asad den Verlust des bisherigen Partners, der Sowjetunion. Asad

versuchte durch seine Haltung im Zweiten Golfkrieg, aber vor allem durch die Teilnahme am Friedensprozess, einen flexiblen außenpolitischen Kurs einzuschlagen. Der Friedensprozess war die größte Herausforderung, mit der Asad in seiner sehr langen Karriere als Offizier und Politiker konfrontiert war. Er war wahrscheinlich prinzipiell dazu bereit, Frieden mit dem Erzfeind Israel zu schließen. Er wollte zum einen eine Garantie für die vollständige Rückgabe des Golans. Zum anderen sollten seine Bedingungen, die Gleichberechtigung der Partner und die Reziprozität der Schritte, erfüllt werden. Asad war nicht dazu bereit, auch nur einen Hauch von Unterlegenheit zu akzeptieren. Der von syrischen Massenmedien seit 1994 propagierte "Frieden der Mutigen" bezog sich an erster Stelle auf Hafiz al-Asad, den starken Friedenspartner. Vermutlich wäre eine rasche und umfassende Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Konfliktpartnern, auch wenn Israel die von Rabin gemachte Zusicherung anerkannt hätte, von Asad nicht erfüllt worden. Aus Gründen der politischen Legitimation und mit Rücksicht auf das stete Auf und Ab des nahöstlichen Friedensprozesses, hätte Asad auf einem zeitraubenden Vollzugsplan bestanden. Es ist nicht völlig falsch, wenn behauptet wird, dass die unnachgiebige Haltung Israels in der Grenzfrage den Syrern nicht ganz ungelegen kam.

Asads Tod hat in Syrien keine Systemkrise ausgelöst. Sein Nachfolger Baschar al-Asad hat keine andere Wahl, als das schwere Erbe seines Vaters so zu gestalten, dass es für seinen angestrebten Machzuwachs nützlich ist. Der jordanische König Abdallah II., der vor der Machtübernahme durch Baschar al-Asad mit diesem in regem Kontakt stand, glaubt, dass Baschar viel von seinem Vater gelernt hat. Sollte dies der Fall sein, so wird er bei der Verwaltung des Erbes keinen grundlegenden Wandel anstreben.<sup>71</sup> Sein Vater hat durch die staatlichen Massenmedien Berichte verbreiten lassen, die ihm die Aura eines Reformers und Modernisierers verliehen. Der junge Asad ist scheinbar der Ansicht, durch die Veranstaltung von Anti-Korruptionskampagnen (ein immer wieder unter der Herrschaft seines Vaters genutztes Instrument) sowie die Hervorhebung der Notwendigkeit der Modernisierung ohne politische Reformen ihm weiterhin das notwendige Ansehen verleihen werden. Aus diesem Grund ist es denkbar, dass die alte Garde sich noch lange an der Machtausübung erfreuen kann. Der neue Präsident, aber auch die alte Garde, die Kamarilla Hafiz al-Asads, wurde durch die rasche Verbreitung der Debatte über die Zivilgesellschaft überrascht. Vor allem die Selbstorganisation der Gesellschaft macht deutlich, dass die Ba'ath-Partei und die mit ihr verbündeten Blockparteien primär durch die Staatsmacht ihre Position halten können. Das System versucht die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft unter seiner Kontrolle zu bringen. Dass dieser Versuch bis jetzt nicht Verfolgungen und Verhaftungen zur Folge hatte, ist auf zwei Aspekte zurückzuführen: Zum Einen muß der neue Präsident seine Macht zunächst festigen. D.h., er muss das ererbte

---

<sup>71</sup> Al-Wasat vom 15. November 1999.

Regime beherrschen. Zum Anderen braucht die syrische Wirtschaft dringend eine sofortige Unterstützung der westlichen Geberstaaten. Die Verfolgung der friedlichen zivilgesellschaftlichen Akteure wird sich nicht gerade positiv auf die Position Syriens auswirken. Baschar, der mit der Ordnung des syrischen Hauses beschäftigt ist, wird dem Friedensprozeß höchstwahrscheinlich nicht die erste Priorität auf seiner politische Agenda einräumen. Es sei denn, dass der Friedensprozess regional wieder angekurbelt wird, oder die Stabilität des Systems einen Friedensvertrag mit Israel erforderlich macht.